: antifaschistische nachrichten Nr. 25/26

g 3336 15.12.2011 27. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rechter Terror unter den Augen des Staates

10 Morde, zwei Bombenanschläge und 14 Banküberfälle sollen auf das Konto der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" gehen. 13 Jahre lang habe die Gruppe aus Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe unbemerkt ihr Leben im Untergrund organisiert und quer durchs Land gemordet. Geholfen habe dabei ein Kreis von Unterstützern aus der Neonazi-Szene.

Seit dem 4. November 2011, als die braune Terror-Truppe aufflog, kommen nun jeden Tag neue Fakten über die Taten, die Täter und ihr Umfeld ans Licht. Auch die mögliche Verstrickung staatlicher Stellen, das offensichtliche Versagen der Sicherheitsbehörden und zahllose Ungereimtheiten in dem Fall sorgen für Diskussionen und kritische Nachfragen an Politik und die Verantwortlichen in den Verfassungsschutzämtern, bei der Polizei und der Justiz. Wurde das Mörder-Trio aus Behörden gedeckt? Oder schauten die Zuständigen wieder einmal „nur" weg? Der rechte Terror der NSU und die Nähe mutmaßlicher Unterstützer zur NPD brachten nun auch die Frage nach einem Verbot der Neonazi-Partei wieder auf die Tagesordnung.

Auch wenn vieles von dem Geschehenen noch unklar ist, werfen allein die als gesichert geltenden Fakten ein erschreckendes Licht auf die Neonazi-Szene und die deutschen Sicherheitsbehörden. Nachdem am 4. November 2011 Böhnhardt und Mundlos in Eisenach eine Bank überfallen hatten, wurden sie von der Polizei gestellt und starben durch Schüsse in ihrem Fluchtfahrzeug. Darin fand die Polizei eine Reihe von Waffen und Geld. Nur wenige Stunden später zündete das dritte Mitglied der NSU, Beate Zschäpe, in Zwickau die gemeinsame Wohnung an, um Beweise zu vernichten, und flüchtet. Sie soll von den beiden Räubern telefonisch noch gewarnt worden sein, bevor sie starben. Auf ihrer Flucht versendete Zschäpe offenbar noch mehrere Kopien eines bereits 2007 fertig gestellten brutalen Bekennervideos an Politiker, Zeitungen und Vereine von Migranten. In dem Video werden die Opfer der Morde verhöhnt und der Zuschauer zu den Orten der Taten geführt. Die NSU sei „ein Netzwerk von Kameraden mit dem Grundsatz Taten statt Worte", heißt es im Video. Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt sehen es mittlerweile als gesichert an, dass die Gruppe für 9 rassistische Morde zwischen 2001 und 2006 in sechs Städten, einen Mord an einer Polizistin 2007, zwei Sprengstoffanschläge sowie mindestens 14 Banküberfälle zwischen 1999 und 2011 verantwortlich sein soll. In den Ruinen des Hauses in Zwickau und dem Fluchtfahrzeug in Eisenach fand die Polizei insgesamt 19 Waffen – Pumpguns, Pistolen, eine Maschinenpistole und eine Handgranate. Am 7. November stellt sich Zschäpe dann in Jena der Polizei – eben dort, wo das seit den frühen 1990er Jahren in Thüringen aktive Neonazi-Trio 1998 abgetaucht war und seit dem angeblich nicht gefunden werden konnte.

Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gehörten vor ihrem Abtauchen dem „Thüringer Heimatschutz" (THS) an, einer bis zu 170 Personen starken Sammlung von Neonazis aus verschiedenen Regionen des Bundeslandes. Der THS, entstanden aus der „Anti-Antifa-Ostthüringen", war eine der aktivsten Kameradschaft-Strukturen dieser Jahre. Die Gruppe pflegte bundesweite Kontakte, suchte die Nähe zur NPD und hortete an ihrem Treffpunkt nahe Saalfeld Waffen. Dennoch sprach der Verfassungsschutz 1996 lediglich von einer „weitgehend strukturlose Gruppierung". Doch der Geheimdienst hätte es besser wissen können. Denn seit 1994 führte er den führenden THS-Kader Tino Brandt als Spitzel. 2001 – nachdem er sich geoutet hatte – begann dann der schnelle Abstieg der Gruppe. Auch deshalb bezeichnen Beobachter den THS als „Kind des Verfassungsschutzes".

In den Fokus der Polizei gerieten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nachdem 1996 und 1997 mehrere Bomben-Attrappen sowie ein Koffer mit 10 Gramm Sprengstoff in Jena gefunden wurden. Bei den Ermittlungen stieß die Polizei auf eine von Zschäpe angemietete Garage, darin vier fertige Rohrbomben mit insgesamt 1,4 Kilo TNT. Der bei der Durchsuchung anwesende Böhnhardt konnte unter den Augen der Polizei verschwinden. Trotz eingeleiteter Fahndung und Haftbefehlen gegen Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gelang dem Trio die Flucht.

Inzwischen wird trotz anfänglicher Dementis immer klarer, dass die Sicherheitsbehörden das Trio nach ihrem Untertauchen immer wieder im Blick hatten und

→



Foto: mp

Ca. 5000 Menschen haben am Samstag, den 3. Dezember in Bonn für den Abzug der Truppen aus Afghanistan demonstriert. Anlass war die am 5.12. auf dem Petersberg bei Bonn stattfindende Afghanistan-Konferenz. Ein starker Jugendblock sorgte für Stimmung. Aufgerufen hatten das Netzwerk Friedenskooperative, die Linkspartei, Attac, die Interventionistischen Linke u.v.m. Unter dem Motto „Sie reden von Frieden und führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!" forderten die DemonstrantInnen den sofortigen Abzug der stationierten Soldaten, einen Waffenstillstand und den Dialog mit allen Konfliktpartnern.

ihren Aufenthaltsort mindestens zeitweise kannten oder ihnen sehr nahe waren. Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sollen unter anderem in Zwickau und Chemnitz sowie im Ausland ermittelt worden sein, heißt es. Dennoch wurden sie nicht festgenommen. Ein Zugriff 1998 soll sogar in letzter Minute abgebrochen worden sein, berichtete der MDR. Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachungen, Zielfahnder, ein europäischer Haftbefehl, Fahndung über die Medien und eine Belohnung blieben erfolglos, fasste der Thüringer Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) auf einer Pressekonferenz am 23. November 2011 in Erfurt das Scheitern zusammen. Bis 2007 hätte die zuständige Staatsanwaltschaft die Fahndung von 1998 aufrechterhalten und schließlich aufgrund von Verjährung eingestellt. Immer häufiger tauchen nun aber Hinweise auf, dass Fahnder behindert worden seien. In den 13 Jahren ihres Untertauchens war das Trio offenbar mehrfach im Ausland. Belgien, Bulgarien, Schweiz, Südafrika und Ungarn sollen ihre Ziele gewesen sein. Über gute Kontakte in andere Länder verfügte die militante Neonazi-Szene schon immer, unter anderem über das internationale Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour", das auch in Thüringen aktiv war. Enge Kontakte pflegten Thüringer Neonazis aus dem Umfeld des THS nach Südafrika, vor allem zu dem rechtsextremen Publizisten und Unterstützer des rassistischen „Hilfskomitee Südliches Afrika" Claus Nordbruch.

15 Faustfeuerwaffen, 16 Langwaffen, 6 Kriegswaffen, 40 Spreng- und Brandvorrichtungen, sowie mehre Hundert Hieb- und Stichwaffen sowie Schreckschusswaffen und Reizgasdosen fand die Polizei allein in den Jahren 2009 und 2010 bei Rechtsextremen in Deutschland. Und allein in Sachsen besitzen Rechtsextreme ganz legal 150 Schusswaffen, wie das Innenministerium jüngst mitteilte. Auch in Thüringen gab es in der Vergangenheit immer wieder Waffen- und Sprengstofffunde, zahlreiche Angriffe auf MigrantInnen, Antifas und Linke sowie Hinweise auf organisierten Terror von Rechts. Unter anderem warnten gegenüber dem Verfassungsschutz 2003 und 2007 Aussteiger aus der rechten Szene vor Terror-Plänen durch Thüringer Neonazis – offenbar folgenlos.

Erfolglos war auch das NPD-Verbotsverfahren, das unter anderem am Einsatz von Thüringer V-Leuten in der NPD scheiterte. Bis zu 15 Prozent der Funktionäre in Landes- und Bundesvorständen der Partei sollen im Sold der Geheimdienste gestanden haben. Der mögliche Einfluss von V-Leuten in entscheidenden Positionen der Partei und die fehlenden Staatsferne der NPD machten ein Verbot unmöglich. Auch im aktuellen Fall ist eine hohe Dichte an V-Leuten anzunehmen, laut Presseberichten soll es mindestens sieben V-Leute im Umfeld des THS und des NSU gegeben haben. Neben Brandt, der für seine Dienste zwischen 1994 und 2001 rund 200 000 DM erhalten haben und für politische Arbeit verwendet haben soll, haben offenbar weitere V-Leute unterschiedlicher Dienste aus dem Umfeld des THS und der NSU berichtet. Verantwortlich für die dubiose Arbeit des Thüringer Verfassungsschutzes damals ist dessen ehemaliger Präsident Helmut Roewer, der im Jahr 2000 über eine andere V-Mann Affäre stolperte. Allein in seiner Dienstzeit (1994 bis 2000) sollen drei Millionen DM über V-Leute in die Neonazi-Szene geflossen sein. Heute schreibt er Bücher im extrem rechten „Ares Verlag".

Während sich Thüringens NPD heute gerne bürgerlich gibt und sich in den Kommunalparlamenten um das Image einer Kümmerer-Partei bemüht, fördert ein genauer Blick ein anderes Bild zu Tage. 10 der 25 Thüringer NPD-Kommunalabgeordneten sind in 29 Fällen verurteilt, die Delikte reichen von Volksverhetzung, Brandstiftung und Landfriedensbruch über Körperverletzungen und Raub bis hin zu Erpressung und illegalem Waffenbesitz. Vor allem Patrick Wieschke, Landesgeschäftsführer der Thüringer NPD und Mitglied im Bundesvorstand, kämpft seit vielen Jahren in Eisenach und im angrenzenden Wartburgkreis erfolgreich um die Verankerung vor Ort. Doch der heute so freundlich auftretende Wieschke wurde 2003 wegen Anstiftung zu einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss im Jahr 2000 in Eisenach zu einer Haftstrafe verurteilt, lange Jahre war er mit seinem „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Westthüringen" Teil des THS, aus dem nun die Mörder der NSU entstammen. 1999 stellte der „Heimatschutz" mindestens vier Kreisvorsitzende und vier Landesvorstandsmitglieder der NPD in Thüringen. Spätestens die Festnahme von Ralf Wohlleben als mutmaßlichem Unterstützer der NSU – er soll eine Waffe und Munition beschafft haben – zeigt die Nähe der NPD zur braunen Terror-Gruppe NSU, er war stellvertretender Landesvorsitzender der Partei in Thüringen. Und der Chef des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke sagte mittlerweile: „Wir werden noch weitere Beziehungen zur NPD entdecken". Unterstützung hatte die NSU offenbar auch von einer Reihe anderer Neonazis, die sie mit Geld, Pässen und – so berichtete es nun die „Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf Ermittler – mit Informationen über mögliche Anschlagsorte.

Klar ist, dass ein vollständiges Versagen der Sicherheitsbehörden festgestellt werden muss. 13 Jahre lang waren die Behörden nicht in der Lage, mit Haftbefehl gesuchte Neonazis dingfest zu machen und Hinweise auf die Täter der rassistischen Mordserie zu finden. Und das, obwohl Verfassungsschützer und Polizei dem Trio auf den Versen war. Nur ein Versagen aller beteiligten staatlichen Stellen? Oder wurden die Terroristen aus den Behörden gedeckt? Dafür gibt es zwar bisher keine Beweise, aber die Umstände legen zumindest den Verdacht nahe, dass staatliche Stellen mehr wussten, als sie bisher zugeben. Nachdem anfänglich durch die Bundesregierung und die Thüringer Landesregierung umfassende Aufklärung ankündigt wurde, ist es dort mittlerweile ruhig geworden. Journalisten, Opposition und sogar Teile der Thüringer Regierungsfraktion äußern mittlerweile öffentlich ihre Zweifel am Willen zur Aufklärung durch Regierung, Justiz und Verfassungsschutz.

Die nun angekündigten politischen Maßnahmen – verschärfte Sicherheitsgesetze und die Einrichtung einer nicht-öffentlichen Bund-Länder-Kommission zur Aufklärung – sind keine tauglichen Maßnahmen, um auf staatliche Untätigkeit, Verschleierung oder gar Unterstützung zu reagieren. An erster Stelle muss die komplette Aufklärung der Taten, des Unterstützerkreises und die mögliche Verstrickung staatlicher Stellen stehen. Dazu haben bisher vor allem Journalisten, Antifa-Archive und Initiativen und einzelne Oppositionspolitiker beigetragen.

Paul Wellsow, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ■

Themenseite der Fraktion: http://www.die-linke-thl.de/nc/themen/themen_a_z/i_o/nazi_terror/

Die Ausgabe 1-2012 der Antifaschistischen Nachrichten erscheint am 12. Januar. Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir erholsame Feiertage.

Gegen den Aufmarsch von Nazis in Bielefeld!

Am 24. Dezember 2011 soll in Bielefeld ein Nazi-Aufmarsch stattfinden. Nachdem der letzte Versuch im August aufgrund des entschiedenen Widerstands hunderter BielefelderInnen grandios gescheitert ist, hat der einschlägig bekannte Nazi-Aktivist Sven Skoda nun diese Demonstration angemeldet. Nach Erkenntnissen des WDR-Magazins „Westpol" nahm Skoda am 6. November 2009 an einer Feier der „Kameradschaft Köln" teil, bei der die drei Nazi-Terroristen aus Zwickau anwesend waren. Dem Nachrichtendienst „blick nach rechts" vom 11. April 2011 war anlässlich eines Berichts über eine Nazi-Veranstaltung in Stolberg folgender Satz zu entnehmen: „Sven Skoda aus Düsseldorf erklärte in einer aufpeitschenden Rede, der „Nationale Widerstand" führe längst einen ‚Krieg'." Erst recht nach den erschütternden Erkenntnissen über die mordenden Nazi-Terroristen und deren Helfershelfer darf es nicht sein, dass Nazis wie Skoda in unserer Stadt marschieren! Gerade an Heiligabend werden wir deutlich machen, dass in Bielefeld kein Platz für Nazis und deren Sympathisanten ist. Steht auf und macht mit!

Kundgebungen und Veranstaltungen:

Hauptbahnhof (am Mahnmal); Ostbahnhofsviertel; Ecke Lange Kampe/Lohbreite; Ecke Bleichstr./Lohbreite, Bleichstr./Ecke Am Stadtholz; Heeper Str./Ecke Tönsplatz. Alle Veranstaltungen beginnen um Fünf vor Zwölf!

DGB-Region Ostwestfalen-Lippe ■

Staffa verstorben

Nürtingen. Im Alter von 94 Jahren ist in Nürtingen Walter Staffa, Ehrenvorsitzender des im wesentlichen von Altnazis gegründeten sudetendeutschen „Witikobund", verstorben. Der 1917 im damaligen Kremsier (Mähren) geborene Staffa gehörte in seiner Jugend u.a. der sudetendeutschen Jungturnerschaft an. Nach einem Medizinstudium war Staffa Stabsarzt der deutschen Wehrmacht. Seit 1946 lebte er in Nürtingen bei Stuttgart und betätigte sich, zum Teil in hohen Funktionen, in verschiedenen Revanchistenverbänden. 1965 zog er für eine Wählergemeinschaft in den Kreistag ein. Auch dem Gemeinderat gehörte er viele Jahre an. Von 1990 bis 1996 war Staffa Bundesvorsitzender des stramm rechten „Witikobundes". Im 1970 gegründeten „Deutschen Seminar", dessen Vorsitz Staffa übernommen hatte, traten Vertreter verschiedenster Spektren der extremen Rechten als Referenten auf. *hma* ■

WKR vor die Tür gesetzt

Österreich/Wien. Die Betreibergesellschaft der Wiener Hofburg hat angekündigt, dem „Wiener Korporationsball" (WKR) ab dem Jahr 2013 keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung stellen zu wollen. Begründet wurde die Ausladung der „Wiener Hofburg Kongresszentrum BetriebsGmbH" mit der „aktuellen politischen und medialen Dimension", die die „Abhaltung des WKR-Balles in den letzten Jahren angenommen" habe. Gegen die Festveranstaltung des WKR, ein Zusammenschluss studentischer Verbindungen und Burschenschaften, hatte es in den vergangenen Jahren wiederholt antifaschistische Proteste gegeben. *hma* ■

„Euro-Konferenz" geplant

Berlin. Am 18. Februar 2012 soll in Berlin die zweite „Euro-Konferenz" der Zeitschrift „Compact" um Jürgen Elsässer und dessen „Volksinitiative" stattfinden. Damit wolle man „den Widerstand gegen das Euro-System auch bundesweit zusammenbringen", heißt es in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift. Als Referenten zugesagt haben bereits die „Junge Freiheit"-Autoren Wilhelm Hankel und Karl Albrecht Schachtschneider sowie Nigel Farage von der EU-kritischen britischen „UKIP". Bei der zweiten „Euro-Konferenz" wolle man „ein größeres Gewicht auf die Verabschiedung praktischer Schritte" legen, so „Compact".

Geplant werde u.a. ein Volksentscheid. Die „Nationalzeitung" spekuliert unterdessen über die Gründung einer neuen „Anti-Euro-Partei". Doch der von verschiedenen Seiten dafür favorisierte Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel setze derzeit – noch – auf die FDP bzw. den dort zur Zeit laufenden Mitgliederentscheid zur Euro-Politik. Henkel, heißt es dort, habe gegenüber der „WirtschaftsWoche" angekündigt, wenn der Mitgliederentscheid in der FDP scheitere, komme eine neue Partei und er sei dort dabei. Geldgeber, darunter große Familienunternehmer, hätten bereits ihr Interesse gezeigt. *hma* ■

„Schlesien bleibt unser!"

„Schlesien bleibt unser!" – Vertriebenenverbände und die extreme Rechte, heißt eine neue Broschüre von Jörg Kronauer, die jüngst in der Reihe „unrast transparent rechter rand" erschienen ist. Auf 69 Seiten gibt der Autor einen komprimierten Überblick über die Politik der Revanchistenverbände und deren wichtigste Tätigkeitsfelder. Beginnend bei Flucht und Umsiedlung werden die wichtigsten Stationen der Verbandsgeschichte beleuchtet. Dabei wird auch jeweils die staatliche Revisionspolitik im Blick behalten, mit der die Revanchistenverbände unauflöslich verbunden sind.

Unrast-Verlag, Münster, 69 Seiten, 7,80 Euro.

Pro Deutschland musste draußen bleiben

Berlin. In einer PM der Berliner Senatsverwaltung für Justiz heißt es: Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat auf die Beschwerde des Landes Berlin den Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 28. Oktober 2011 aufgehoben, mit dem der Bezirk Tempelhof-Schöneberg verpflichtet worden war, dem Bundesverband der Bürgerbewegung pro Deutschland das Gemeinschaftshaus Lichtenrade für seinen am 26. November 2011 geplanten Bundesparteitag zu überlassen. (...) Zur Begrün-

→

NPD-Verbot: Sie werden es wieder vermasseln

Ein Kommentar von Martin Dietzsch*

nonpd NPD-Verbot jetzt!

Das erste NPD-Verbotsverfahren wurde von innen torpediert. Es wurde ja nicht nur dem Gericht, sondern auch den Vertretern der Anklage die frühere V-Mann Tätigkeit eines geladenen Zeugen vorsätzlich verschwiegen. Man hat die eigenen Leute ins offene Messer rennen lassen. Daraus sind nie Konsequenzen gezogen worden. Statt der Verselbständigung der Geheimdienste mit wirksamer Kontrolle gegenzusteuern, wurden deren Kompetenzen und Aufgabenfelder immer mehr ausgeweitet.

Man muss es einmal deutlich aussprechen: Es geht bei einem NPD-Verbotsverfahren schlicht und einfach darum, den Neonazis, also der NPD und den sogenannten Freien Kameradschaften, den staatlichen Schutz und die staatliche Förderung zu entziehen. Und das exzessive V-Mann Unwesen zählt nicht zur Bekämpfung, sondern zur Förderung des Neonazismus.

NRW-Innenminister Ralf Jäger äußerte kürzlich, eine Abschaltung der V-Männer sei unmöglich, denn sie mache die Behörden blind. Jahrzehntelang haben die Ämter den Rechtsextremismus durch die Brille der V-Männer des Verfassungsschutzes betrachtet. Vielleicht sollten sie diese Brille endlich einmal absetzen. Man hat den Eindruck, dass diese Brille von innen verspiegelt ist und der Betrachter glaubt, er würde die Welt sehen, in Wirklichkeit sieht er nur sein Spiegelbild. V-Leute versprechen sich von ihrer Tätigkeit nicht nur Geld, und staatlichen Schutz bei möglichen Strafverfahren. Sie sind und bleiben Rechtsextremisten und füttern die Dienste mit gefilterten Informationen, und die Dienste hören nur das, was sie hören wollen. Wenn die amtliche Vorgabe ist, dass nur Linksextremisten an eine ernsthafte Gefahr von Rechts glauben, dann darf man sich nicht wundern, wenn die bittere Realität verharmlost und geleugnet wird. Die Dienste waren blind, weil sie nur das sehen durften, was sie sehen wollten.

Es heißt, die V-Mann-Dichte im NPD-Umfeld sei heute sogar noch höher als beim ersten Verbotsverfahren. Nach allem, was man bisher weiß, muss man befürchten, dass auch im engeren Umfeld der Terrorzelle Vertrauenspersonen von deutschen Geheimdiensten tätig waren und eher zur Verdunkelung als zur Aufklärung beitrugen und vielleicht sogar in die terroristische Vereinigung involviert waren. Diese Möglichkeit kann zur Zeit niemand ausschließen. Und es verwundert nicht, dass nicht nur in der rechten Szene, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit die irrsten Verschwörungsmythen kursieren und durch das undurchsichtige Operieren der Geheimdienste scheinbare Plausibilität erhalten. Dadurch erleidet unsere Demokratie zusätzlichen schweren Schaden, dessen langfristige negative Folgen nicht unterschätzt werden dürfen.

Doch an den Pforten der Geheimdienste endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik Deutschland.

NPD-Verbot? Das geht nur, wenn man den Diensten kräftig auf die Füße tritt. Und wenn man den institutionellen Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr verleugnet und ihn stattdessen bekämpft. Dazu gehört Mut. Liebe Politiker, Freiwillige bitte vortreten! – Es meldet sich niemand? Dann sei mir die Prognose gestattet: Ihr werdet es wieder vermasseln.

**Martin Dietzsch ist Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, www.diss-duisburg.de* ■

dung hat das OVG ausgeführt: Träger öffentlicher Gewalt seien grundsätzlich nicht verpflichtet, ihre Räumlichkeiten politischen Parteien zu überlassen und dürften den Zugang beschränken, solange dies generell geschehe und alle Parteien in gleicher Weise betroffen seien. Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg gestatte die Nutzung seiner Räume lediglich den Kreisverbänden und Bezirksgruppen politischer Parteien, und zwar nur dann, wenn sich die geplante Veranstaltung auf deren „Zuständigkeitskreis" beziehen. (...) 23.11.2011 (OVG 3 S 141.11)

Nachdem das Bezirksamt in Tempelhof-Schöneberg im letzten Jahr pro Deutschland den BVV-Raum im Rathaus Schöneberg überlassen musste, war die Nutzungsordnung entsprechend geändert worden. So erfreulich das Ergebnis, kann sich bei dieser Methode (allgemeiner Ausschluss von Bundesgremien aller Parteien) kaum antirassistische Kritik entfalten, zu mal wieder die Raumanfrage von pro Deutschland bis eine Woche vor dem Termin geheimgehalten wurde.

Harald Gindra, Bezirksverordneter ■

Terrornetzwerk: Aufklärungsbedarf auch in Hamburg

Hamburg. Die SPD hat mit einem Antrag zum Haushalt 2011/2012 („Dem Rechtsextremismus wirksam entgegentreten") ein „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus" angekündigt. So weit, so gut. Allerdings wollte sie für dieses von vielen seit Langem geforderte Landesprogramm keinen einzigen Cent in den Haushalt einstellen. Diese Position konnte sie im Zuge der Aufdeckung der Neonazi-Mordserie nicht aufrechterhalten. Flugs erarbeitete sie eine Neufassung des Antrags: Um ganze 10000 Euro für 2012 (monatlich also 833,33 Euro) will sie nun die Zuschüsse zum Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken" aufstocken und damit auch mehr Bundesmittel nach Hamburg ziehen. Die peinlich niedrige Summe taugt nicht einmal zur Schönheitskorrektur, weil die Mittel z. B. nicht für Prävention verwendet werden. Im Kampf gegen Neofaschismus und Rassismus sind sie nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Aber es kommt schlimmer: Denn dieses Geld wird ausgerechnet einem Bereich weggenommen, in dem jeder Cent, der fehlt, wirklich schmerzt, nämlich aus den „Zuschüssen für Beratung und Hilfe für Flüchtlinge und nicht bleibeberechtigte Zuwanderer". Ausgerechnet diejenigen, die die Neonazi-Ideologie zum Feind Nr. 1 erklärt, die zuallererst rassistischer Hetze und Übergriffen ausgesetzt sind, sollen zahlen. LINKE, GAL und DGB kritisieren die mit dieser Umverteilung verbundene Botschaft scharf.

Die LINKE Abgeordnete Christiane Schneider hatte am 17.11.eine Schriftliche Kleine Anfrage zum Thema „Neonazistische Mord- und Terroranschläge – Aufklärungsbedarf auch in Hamburg" gestellt. Die Antwort des Senats – Drucksache 20/2309 liegt inzwischen vor. Beides gibt es zum Download auf der Webseite *www.linksfraktion-hamburg.de* *CS* ■

Kameradenkreis Thomas Wulff und der „Thüringer Heimatschutz"

Ein Artikel aus der nicht mehr erscheinenden Hamburger Nazi-Zeitschrift „Zentralorgan" (ZORG) belegt, dass Hamburger Neonazis um Thomas Wulff und Tobias Thiessen Ende der 1990er Jahre enge Verbindung zum „Thüringer Heimatschutz" (THS) hatten, in dem damals das spätere Zwickauer Mördertrio organisiert war.

Der Artikel mit der bezeichnenden Überschrift „... ab sofort wird Bombe mit Bombe vergolten", eine unverhohlene Morddrohung an alle NazigegnerInnen, berichtet über einen Trauermarsch im Mai 1998 von 300 Neonazis anlässlich des Jahrestages des Todes eines Kameraden. Der Bericht legt nahe, dass sich damals Hamburger Neonazis an dem Aufmarsch beteiligten, zumindest aber gute Kontakte zum THS hatten.

Interessant an dem Artikel des ZORG ist auch, dass hier berichtet wird, wie eng die militante Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz" (THS) mit der NPD, den Jungen Nationaldemokraten und sogar den „Republikanern" zusammenarbeitete. Weil in den Jahren zuvor Anmeldungen für den jährlichen Trauermarsch des THS von den Behörden nicht genehmigt wurden, bediente man sich der genannten drei Organisationen für die Anmeldung.

„Bei der Durchführung war dann der THS federführend", berichtet das ZORG stolz über die gelungene Strategie beim Aufmarsch.

Das ZORG war eine bundesweite Zeitung aus dem Spektrum der militanten Kameradschaften, die Ende 1997 gegründet wurde und mit einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren erschien. Macher war im Wesentlichen der Kameradenkreis um Thomas Wulff aus Bramfeld und Umgebung.

Trotz eindeutiger Inhalte reagierten die Hamburger Behörden zunächst abwartend. Erst als im Jahr 2000 die Ausgabe acht mit dem antisemitischen Titel „Juden raus" erschien, wurde die entsprechende Ausgabe beschlagnahmt und verboten. Auch hier handelten die Behörden jedoch zurückhaltend: Laut Staatsanwalt Rüdiger Bagger „richteten sich die Durchsuchungen nicht generell gegen das Zentralorgan, sondern ausschließlich auf die Novembernummer." Die Neonazis erstellten allerdings keine weitere Ausgabe, auch weil inzwischen moderne Medien wie Info-Telefone und Internet eine größere Bedeutung als Printmedien für die Szene bekamen.

Nachdem die Staatsanwaltschaft der Hansestadt Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen die Hamburger Thomas Wulff, Tobias Thiessen, Dirk Sukol und den Ludwigsluster Klaus Bärthel eingeleitet hatte, untersuchten die Beamten neun Objekte in Hamburg, Ludwigslust, Teldau und eine Druckerei in Hildesheim. Eine Durchsuchung bei dem damaligen Zentralorgan-Konto und Aboverwalter Thorsten Bärthel wurde versäumt.

Thorsten Bärtel war in den 90er Jahren auch presserechtlich verantwortlich für die Nazischrift „Bramfelder Sturm" und enger Vertrauter von Thomas Wulff. Tobias Thiessen war damals presserechtlich verantwortlich für den Nachfolger des „Bramfelder Sturms", den „Hamburger Sturm", der 2000 verboten wurde.

Heute ist Thiessen zusammen mit seiner Lebensgefährtin Inge Nottelmann führender Kopf der Kameradschaft „Neonazis in Hamburg" und maßgeblich in die Vorbereitung eines Nazi-Aufmarsches am 2. Juni 2012 involviert. Thomas Wulff wurde dieses Jahr zum stellv. Landesvorsitzenden der NPD in Hamburg gewählt und führte den letzten Bürgerschaftswahlkampf der Nazipartei. Hierbei setzte der vorbestrafte Kader auch ein Beil gegen einen Nazigegner ein. *Felix Krebs, Hamburger Bündnis gegen Rechts* ■

„Heldengedenken"

Neonazis aus der Lüneburger Heide nutzten den 2. Sonntag im November um ihr faschistisches „Heldengedenken" zu zelebrieren. Dazu stellten sie Grablichter mit der Aufschrift „Unvergessen" auf „Ehrenmäler" für Beteiligte am brutalen deutschen Vernichtungskrieg (Wehrmachtssoldaten und SS-Männer). Das Antifaschistische Anstandskomitee erschien, um diese Schande zu korrigieren und beförderte die Grablichter zu dem Mahnmal für die Opfer der „Soltauer Hatz (11.4.1945)".

Pressemitteilung des Antifaschistischen Anstandskomitees, 13. November 2011, http://antifa.sfa.over-blog.com ■



Totschweigen, verschleppen, verharmlosen –

über den Umgang der Ermittlungsbehörden mit extrem rechter Gewalt und der mutmaßlichen Unterstützung der NSU durch die lokale Neonaziszene

Am 20.11. berichtete der WDR in der Sendung „Westpol" über die Teilnahme der mordenden Zwickauer Neonazis Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt an einem Neonazi-Treffen im Jahre 2009 in Erftstadt. Axel Reitz soll laut Bericht eines Augenzeugen das Trio persönlich begrüßt und in Empfang genommen haben. Die langjährigen, teilweise intensiven Kontakte von Reitz zu dem mutmaßlichen NSU-Unterstützer Thomas Gerlach und dem am Montag, den 29.11.2011 als mutmaßliches NSU-Mitglied verhafteten Ralf Wohlleben, lassen diese Verbindung immer plausibler erscheinen.

Dabei geht es längst nicht mehr nur um die Frage, ob Reitz und andere Neonazis aus der Region zu den NSU-Terroristen Kontakt hatten, sondern auch darum, ob sie die Terrorgruppe aktiv unterstützt haben. Schließlich fanden zwei der rechten Attentate in Köln statt und zumindest zum Zeitpunkt des Anschlags in der Keupstraße hatte Reitz nach eigenen Angaben (Quelle: WDR Westpol) bereits engen Kontakt zu dem mutmaßlichen NSU-Unterstützer Gerlach.

Es gibt also mehr als genug Ansätze für die Ermittlungsbehörden, um zu überprüfen, wie weit Axel Reitz und die regionale Naziszene in die Aktivitäten der NSU verwickelt sind. Geschehen ist aber bisher offensichtlich nichts! Dabei wäre es ein Einfaches zu klären, ob die besagten NSU-Mörder wirklich an der Veranstaltung im Jahre 2009 in Erftstadt teilgenommen haben. Nach unseren Informationen machte der bekannte Erftstädter Neonazi Sebastian Ziesemann bei der besagten Veranstaltung im Jahre 2009 Fotos.

Es stellt sich die Frage, ob diese Fotos (wenn sie denn noch existieren) ausgewertet werden. Es ist gut möglich, dass sie sich bereits im Besitz der Ermittlungsbehörden befinden, da bei Ziesemann bereits am 15. Oktober eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde, bei der unter anderem Computer und Speicherkarten eines Fotoapparates beschlagnahmt wurden. Auch Filmaufnahmen wurden während der Veranstaltung gemacht.

Nach unseren Informationen filmte während der Veranstaltung Sebastian Diehl von den Freien Nationalisten Siegerland. Diehl ist einer der Betreiber des Neonazi-Medienprojektes „medinetwest". Aber scheinbar wurden bisher weder Teilnehmer der Veranstaltung verhört, noch Film und Fotomaterial der Veranstaltung ausgewertet.

Dass dies nicht geschieht, hängt ursächlich mit dem Umgang der Kölner Polizeiführung mit dem Thema Neonazismus zusammen. So wird hier seit Jahren die Linie gefahren, Straftaten mit extrem rechtem Hintergrund totzuschweigen. Nur bei besonders heftigen Taten – oder wenn die Betroffenen selbst die Öffentlichkeit informieren – wird von dieser Praxis des Totschweigens abgewichen. So wurden nach einem Bericht der Ruhrnachrichten in Köln zwischen 2005 und 2010 648 rechte Straftaten verübt – nur ein Bruchteil davon wurde öffentlich bekannt. (Siehe auch:http://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/region/hierundheute/art1544,1444935)

In Anbetracht dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Kölner Polizei und Staatsanwaltschaft, aber auch die politischen Verantwortlichen nach dem Nagelbomben-Anschlag in der Keupstraße einen rechtsextremen Hintergrund frühzeitig ausschlossen. Unbeeindruckt der Mordserie der NSU, veranstalten Kölner Neonazis ebenfalls weiterhin „Kameradschaftsabende" im Kölner Raum. Unterstützung erhalten die Neonazis um Axel Reitz immer wieder von mehr oder weniger informierten Kneipenbesitzer_innen. Zumindest in Köln-Thielenbruch scheinen sie einen ihnen ideologisch nahestehenden Wirt gefunden zu haben. Sowohl am 14.10.11 und am 25.11.11 fanden in der Gaststätte „Waldschänke" in der Thielenbrucher-Allee 46 extrem rechte Veranstaltungen mit 50-100 Teilnehmer_innen aus mehreren Städten NRWs statt.

Dabei wurde von der Kölner Polizei David Duke, ehemals führendes Mitglied des rassistischen Geheimbundes Ku-Klux-Klan, festgenommen. Duke sollte als Gastredner auftreten. Die Kölner Polizei war jedoch nicht in der Lage, die extrem rechte Veranstaltung zu unterbinden. Als Reaktion auf die Verhaftung Dukes hat Reitz bereits eine Demonstration in Köln angekündigt.

Strategie der Polizei in den letzten Jahren war es, Demonstrationen militanter Neonazis geheim zu halten, um antifaschistische Gegenaktionen zu verhindern (z. B. am 3.6.2011 in Leverkusen).

Wir fordern

- eine lückenlose Aufklärung der Nazimorde und der Zusammenhänge zwischen der NSU und der regionalen Neonaziszene.
- Information der Öffentlichkeit über Aktivitäten und Gewalttaten der militanten Neonazi-Szene durch Polizei und Behörden

Antifaschistische Koordination Köln und Umland (AKKU)
www.antifa-koeln.net ■

Neue VVN-Unterschriftenaktion für ein NPD-Verbot

WIESBADEN. Mit einer Mahnwache vor der Tagungsstätte der Innenministerkonferenz in Wiesbaden hat die VVN-BdA am Donnerstag ihre Forderung nach Verbot der NPD und Abschaltung der als V-Leute tätigen Neonazis bekräftigt.



VVN-Landessprecher P.C.Walther begründete die Notwendigkeit der Einleitung des Verbotsverfahrens und der sofortigen Abschaltung der V-Leute, deren Rolle äußerst negativ sei. Walther setzte sich mit den Ausflüchten gegenüber einem Verbotsverfahren auseinander. Er kritisierte das bisherige Verhalten verantwortlicher Politiker und Behörden; insbesondere des Verfassungsschutzes. Hier sei eine umfassende Aufklärung und die Beendigung der bisherigen Praktiken erforderlich.

Mit der Mahnwache eröffnete die VVN-BdA ihre neue Unterschriftensammelaktion für ein NPD-Verbot. In Wiesbaden unterzeichneten die ersten fünfzig Bürgerinnen und Bürger den Verbotsaufruf der VVN.

Als Beauftragter des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, dem hessischen Innenminister Boris Rhein (CDU) , nahm IMK-Sicherheitschef Thomas Rath von VVN-Sprecher Peter Christian Walther die VVN-Dokumentation der Stellungnahmen und Erklärungen von 5.405 Bürgerinnen und Bürger für ein NPD-Verbot entgegen.

www.npd-verbot-jetzt.de

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA),
www.vvn-bda.de ■

Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte haben sich mit dem folgenden Appell an die Öffentlichkeit gewandt: „Auch wenn wir seit Jahren vor der Gewalt von Neonazis und rassistischen Gelegenheitstätern warnen, sind wir geschockt von dem Ausmaß an Ignoranz und Verharmlosung staatlicher Stellen angesichts der rassistischen Mordserie. Wir verlangen jetzt eine Zäsur im Umgang mit der extremen Rechten."

Appell gegen Rechtsextremismus und Rassismus:

Was jetzt zu tun ist …

1. Eingreifen und einmischen statt wegsehen

Jeden Tag ereignen sich in Deutschland mindestens zwei bis drei rechte und rassistische Gewalttaten. Die Täter_innen sprechen vor allem denjenigen das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben ab, die als Minderheiten ohnehin schon gesellschaftlich diskriminiert werden. Das zu ändern und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, können wir nicht an den Staat delegieren: Jede und jeder kann bei rassistischen Sprüchen am Arbeitsplatz, antisemitischer Hetze auf dem Sportplatz oder „Schwulenwitzen" Kontra geben und eingreifen, wenn andere bedroht und geschlagen werden. Und jede und jeder kann jetzt praktische Solidarität zeigen: z. B. Spenden für Einrichtungen sammeln, die Zielscheibe von neonazistischen Brandanschlägen geworden sind oder den Menschen in diesen Einrichtungen persönlich in Gesprächen oder praktisch beistehen.

2. Mehr Demokratie statt mehr Verfassungsschutz

Polizei, Justiz und Geheimdienste spiegeln gesellschaftliche Verhältnisse wider. In einem Land, in dem regelmäßig ein Drittel erklären, Deutschland sei „im gefährlichen Maße überfremdet", ist es keine Ausnahme, dass Sonderkommissionen „Aladin" oder „Bosporus" genannt und Opfer rassistischer Gewalt unter Generalverdacht gestellt werden. Schon die Bezeichnung „Döner-Morde" ist rassistisch und entwürdigend. Nationale Terrorabwehrzentren und neue Gesamtdateien von Polizei und Geheimdiensten werden daran nichts ändern. Ein erster Schritt wäre eine klare Abkehr von den Feindbildern der „Linksextremisten", „Muslime" und „Fremden". Der Rassismus der Mitte muss als Problem erkannt werden.

3. Zivilgesellschaftliche Expertisen anerkennen und nutzen

Der derzeitige Schock der politisch Verantwortlichen über den Terror des „Nationalsozialistischen Untergrunds" lässt sich nur damit erklären, dass sie die öffentlich zugänglichen Informationen und Analysen der zivilgesellschaftlich Aktiven gegen Rechts und Rassismus – Antifagruppen, Bündnisse und Beratungsprojekte – offenbar komplett ignoriert und stattdessen nur auf die Geheimdienste gehört haben. Wer auf die falschen Berater_innen in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten setzt, kann nur verlieren – und spielt mit dem Feuer. Künftig muss der Erfahrungsschatz der zivilgesellschaftlichen Expert_innen angemessenes Gehör finden.

4. Staatliche Alimentierung der Neonazis beenden, V-Leute abschaffen

V-Leute sind vom Staat bezahlte Neonazis, die Steuergelder dazu verwenden, um Neonazistrukturen auszubauen und zu stabilisieren sowie staatliche Stellen allenfalls mit fragwürdigen Informationen zu versorgen. In der Geschichte der deutschen Neonazibewegung waren immer wieder V-Männer und -Frauen in tödliche Attentate (Wehrsportgruppe Hoffmann) und Brandanschläge (Solingen) involviert, haben die Produktion und den Vertrieb neonazistischer Hassmusik organisiert (Brandenburg und Sachsen), NPD-Landesverbände am Laufen gehalten (Nordrhein-Westfalen), mit Steuergeldern militante Neonazistrukturen wie den „Thüringer Heimatschutz" und Blood&Honour aufgebaut und ein NPD-Verbot im Jahr 2003 verhindert.

5. Lückenlose Aufklärung und Konsequenzen auf allen Ebenen

Alle Daten und Informationen, die notwendig gewesen wären, um mit polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln schon 1998 – vor Beginn der rassistischen Mordserie – gegen den Kern des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) vorzugehen, lagen den Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten gleichermaßen vor. Doch diese Informationen wurden mit einer Mischung aus Verharmlosung, Entpolitisierung und Inkompetenz von Polizei, Justiz und Geheimdiensten ignoriert, wie sie bei rechter Gewalt immer wieder zu beobachten war und ist. Wer jetzt Aufklärung verspricht, muss überall dort, wo Versagen offenkundig geworden ist, auch personelle Konsequenzen ziehen, egal ob in Innenministerien, Geheimdiensten oder Strafverfolgungsbehörden. Die Angehörigen der Ermordeten, die Verletzten der Nagelbombenanschläge und die Communities, die durch die Attentate der NSU unmittelbar betroffen sind, aber auch die Gesellschaft als Ganzes haben ein Recht darauf, dass eine lücken- und schonungslose Aufklärung in aller Öffentlichkeit stattfindet.

6. Nebelkerze NPD-Verbot ad acta legen

Die zum x-ten Mal geführte Debatte über ein NPD-Verbot verstellt den Blick auf das schockierende Ausmaß staatlicher Verharmlosung der extremen Rechten und gesamtgesellschaftlichen Rassismus. Effektiver als jede reflexartige Debatte wäre ein geschlossenes Vorgehen aller demokratischen Parteien dort, wo sie mit der NPD konfrontiert sind. Die NPD und die extreme Rechte sind überall dort stark, wo demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft ihnen nicht ge- und entschlossen entgegen treten. Dass, wie in Sachsen, sich die CDU-geführte Regierung nach diskreditierenden parlamentarischen Anfragen der NPD nicht zur wertschätzenden Unterstützung von Beratungsprojekten gegen Rechts durchringen kann, ist kein Einzelfall.

7. Engagement gegen Rechts braucht Anerkennung und Unterstützung statt Diffamierung und Kriminalisierung

Bei den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch in Dresden im Februar 2011 wurden Hunderttausende Telefonate abgehört, bei Ermittlungen gegen Neonazigegner _innen wegen Aufrufen zu Blockaden wird nicht einmal mehr vor Kirchgemeinden Halt gemacht. Anstatt Antifagruppen, Gewerkschafter_innen, Bündnisse gegen Rechts, Kommunalpolitiker_innen und andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen sie Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung durch politisch Verantwortliche aller Parteien erfahren. Wer Misstrauen gegen engagierte Bürger_innen sät, wird mehr rechte und rassistische Gewalt ernten. Und wer militante Kameradschaften schwächen will, muss alternative, nicht-rechte Jugendkulturen fördern.

8. „Extremismusklausel" abschaffen

Die Bundesregierung zwingt die Projekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zur Unterschrift unter eine so genannte „Demokratieerklärung", mit der sich die Projekte verpflichten sollen, ihre Partner_innen auf Verfassungstreue zu prüfen und sie zu bespitzeln. Als Grundlage für die Einschätzung der Verfassungstreue von Kooperationspartner _innen sollen ausgerechnet die Berichte des Verfassungsschutzes dienen. Die rassistischen Diskurse aus der Mitte der Gesellschaft bleiben dabei außen vor. Die zivilgesellschaftliche Arbeit wird seit Jahren beeinträchtigt durch die historisch falsche, wissenschaftlich unsinnige und politisch gefährliche „Extremismustheorie", die Rechtsextremismus und Linksextremismus und damit auch Faschismus und Antifaschismus gleichsetzt.

9. Langfristige Planungssicherheit für Projekte gegen Rechtsextremismus, Ausweitung der Beratungsprojekte in den alten Bundesländern

Die Arbeit gegen die extreme Rechte braucht einen langen Atem, ist eine gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe und kein Strohfeuer und muss entsprechend dauerhaft gefördert werden. Außerdem sind rechte Gewalt und extrem rechte Aktivitäten keine Ostprobleme. Die Mehrheit der NSU-Morde ereignete sich in den al-

ten Bundesländern – in Regionen, in denen seit langem militante Neonazistrukturen aktiv sind. Die Beratungsprojekte in den neuen Bundesländern und Berlin arbeiten seit nunmehr über 10 Jahren erfolgreich und unabhängig, dennoch wurden ihnen wiederholt die Mittel gekürzt. Die Mobilen Beratungsteams sind Ansprechpartner_innen für Kommunalpolitiker_innen und Zivilgesellschaft; die Beratungsprojekte für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt unterstützen und begleiten Betroffene, Zeug_innen und Angehörige bei der Bewältigung der Tatfolgen. Diese Projekte sind derzeit mit zum Teil massiven Mittelkürzungen konfrontiert. In den alten Bundesländern sind sie komplett unterfinanziert oder existieren aus Mangel an Fördergeldern erst gar nicht. Wenn Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) jetzt erklärt, in ihrem Haushalt seien die Millionen aus dem Programm gegen „Linksextremismus" noch nicht abgerufen worden, dann müssen diese Gelder umgehend zum Aus- und Aufbau der bewährten Strukturprojekte gegen Rechts zur Verfügung gestellt werden. Das wäre ein erster Schritt, dem weitere – wie ein Ende der Kürzungen bei den Antidiskriminierungsbüros – folgen müssen.

10. Rassismus endlich beim Namen nennen

Es ist unbegreiflich, dass im Zusammenhang mit den NSU-Morden von „Fremdenfeindlichkeit" die Rede ist. Die Ermordeten waren mitnichten „Fremde", „Türken" oder „Griechen", sondern repräsentieren die Mitte unserer Gesellschaft. Es ist Zeit, endlich von Rassismus und dem Wahn der „White Supremacy" („Überlegenheit der Weißen") zu sprechen, denn dies war das Motiv der Neonazis. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleiche Rechte haben und gleich geschützt werden – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Status und allen anderen „Merkmalen".

Erstunterzeichner:
ezra – Mobile Beratung für Opferechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen; Kulturbüro Sachsen e.V.; LOBBI – Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern; Mit-einander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt; Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim); Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln; Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt; Opferperspektive Brandenburg e.V.; Opferberatung der RAA Sachsen; Reach Out – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Berlin; Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern e.V.; Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., Trägerverein der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Unterzeichnen auf: http://demokratiebraucht uns. de/blog/appell-gegen-rechtsextremis-mus-und-rassismus-was-jetzt-zu-tun-ist/

NPD und „pro"-Bewegung –

ein Vergleich mit Hilfe der Funktionsbestimmung des Neofaschismus von Reinhard Opitz

von Phillip Becher

Dieser Artikel gibt Kernthesen eines Vortrags auf der Konferenz „Demokratische Politikwissenschaft", die sich der Erinnerung an das Werk des marxistischen Sozialwissenschaftlers und Faschismusforscher Reinhard Opitz (1934-1986) widmete und am 19. und 20. November 2011 in Köln stattgefunden hat, wider. Die vollständige Analyse sowie weitere Beiträge der Tagung werden im Rahmen eines Schwerpunktes in der Ausgabe 1-2012 der Marxistischen Blätter veröffentlicht.

Rechts und links

Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtskräfte, Rechtstendenzen, Rechtsentwicklung, Rechtspartei, Rechtspopulismus, Rechtsnationalismus … die Liste der Wortkombinationen mit dem Präfix „Rechts-" ist lang – und die mit dem Begriff verbundenen Assoziationen umfassen eine große Spannweite. Auf die Tatsache, dass „rechts" kein „Begriff von eindeutiger Aussage [ist], unter dem jedermann dasselbe versteht"[1], hat u.a. der Faschismusforscher Reinhard Opitz hingewiesen. Das war seiner Auffassung nach problematisch, da die Stärke der demokratischen Kräfte auch „aus dem Vermögen zu einer realistischen Lageeinschätzung und einer richtigen Strategie besteht und damit entscheidend mitbestimmt ist vom Grade des Einblicks in die gesellschaftlichen Zusammenhänge der politischen Erscheinungen."[2] Ein Verständnis von „rechts" – wie auch von seinem Gegenteil „links" – zu haben, ist also eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von erfolgreichen antifaschistischen Strategien.


Reinhard Opitz

Mit Reinhard Opitz lässt sich ein Verständnis dieser Begriffe entwickeln, welches über die Extremismus-Doktrin hinausweist. So definiert er linksgerichtete Bewegungen als „solche, die zu ihrer Zeit auf den historisch objektiv möglichen Verwirklichungsgrad von Demokratie hindrängen", während rechtsgerichtete Bewegungen diejenigen sind, „die hinter den zu ihrer Zeit jeweils schon erreichten Realisationsgrad von Demokratie oder auch nur Artikulationsspielraum der demokratischen (linken) Kräfte zurückdrängen."[3]

Extrem rechte Formationen wären also solche, die das Ziel dieses „Zurückdrängen" am stärksten oder eben „extremsten" verfolgen. Am Ende dieser politischen Kräfteskala befindet sich der Faschismus „als diejenige terroristische Form der monopolkapitalistischen Herrschaft, die alle politischen Organisationen der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung illegalisiert und der Verfolgung aussetzt."[4]

Rechtstendenzen: Rechtspopulismus und Neofaschismus

Neben seiner „besondere[n] geschichtliche[n] Funktion", die darin bestehe, dass „[f]aschistische Bewegungen, Gruppierungen, Vereinigungen etc. […] in nicht faschistisch regierten Gesellschaften solche [sind], die in der Bevölkerung Anhängerschaft für den Übergang zur faschistischen Diktatur sammeln – und dies notwendig stets in demagogischer Form"[5], bestimmt Reinhard Opitz folgende Funktionen des Neofaschismus[6], durch die der Begriff eine Klärung erfahrt:

1. „[d]ie Auffangfunktion bzw. die Funktion der Ableitung und Umfunktionierung von Protestpotentialen" (hier geht es um die Einsammlung der sich von den bürgerlichen Parteien abkehrenden Bevölkerungsschichten);

2. „[d]ie Barometerfunktion" (Ablesbarkeit der Stärke einer Massenbasis für antiparlamentarische Integrationslösungen);

3. „[d]ie Alibifunktion für reaktionäre Regierungspolitik" (Möglichkeit des Verweises seitens der bürgerlichen Parteien auf von Neofaschisten in der Öffentlichkeit vorgebrachte Forderungen);

4. „[d]ie aktive Antreiberfunktion in der Rechtsentwicklung" (Druck der Neofaschisten auf andere bürgerliche Parteien; Rechtsverschiebung);

5. „[d]ie langfristige ideologische Umorientierungsfunktion" (Propaganda für „ideologisch-kulturellen Klimaumschwung"); 6. „[d]ie terroristische Einschüchterungs-[…]Funktion gegenüber demokratischen Bewegungen";

7. „[d]ie Destabilisierungsfunktion";

8. „[d]ie Straßenkampf- und Bürgerkriegsfunktion".

Neben dem (Neo-)Faschismus als „Skalenende" betten sich verschiedene bürgerliche Politikangebote in ein Kontinuum von Rechtstendenzen ein, wie beispielsweise der Rechtspopulismus: →

„Als rechtspopulistisch sollten jene Partei-Organisationen, Strömungen und Bestrebungen bezeichnet werden, die den Dualismus von ‚Volk', ‚Bevölkerung' bzw. ‚mündigen Bürgern' und ‚Elite', ‚Staatsbürokratie' bzw. ‚politischer Klasse' zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Agitation und Propaganda machen, ohne militante Züge aufzuweisen und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele anzuwenden oder anzudrohen."[7]

Folgt man beispielsweise der Analyse von Sebastian Edathy und Bernd Sommer, so besitzt der Rechtsextremismus (bzw. die extreme Rechte) in der Bundesrepublik Deutschland derzeit „zwei Gesichter"[8]. Er „manifestiert sich gegenwärtig in zwei dominanten Ausdrucksformen"[9], die von den beiden mit der 1964 gegründeten neofaschistischen NPD und der 1996 gegründeten, sich allerdings effektiv erst im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts formierten, rechtspopulistischen „pro"-Bewegung identifiziert werden.

Ein komparativer Blick auf NPD und „pro"-Bewegung

Fragt man nun danach, wie sich diese beiden Pole der deutschen extremen Rechten voneinander unterscheiden und welches Verhältnis der beiden Pole zueinander sich aus diesen Unterschieden ergibt, so lassen sich im Lichte der Funktionsbestimmung des Neofaschismus folgende Antworten finden:

Sowohl die „alte" vor dem 1996er Parteitag als auch die kontemporäre NPD erfüllte bzw. erfüllt die genannten Funktionsbestimmungen. War und ist die Barometerfunktion selbsterklärend, so bezog sich die Auffangfunktion in den 1960er Jahren vor allem auf die politische Labilität der westdeutschen Gesellschaft in der Folge des Scheiterns des kalten Krieges und der wirtschaftlichen Rezession, während es derzeit darum geht, das soziale Protestpotential (vor allem in Ostdeutschland) nationalistisch zu „reframen". Die Alibi- sowie die eng damit verbundene Antreiberfunktion kamen zum Tragen, als beispielsweise die CSU sich in den 1970er Jahren als „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands" positionierte – heute würde die Übernahme von law-and-order-Parolen durch bürgerliche Parteien in diese Kategorie fallen.

Eine langfristige ideologische Umorientierung der westdeutschen Gesellschaft durch die NPD der 1960er Jahre scheiterte am Widerstand der demokratischen Kräfte, allerdings bildeten sich auch aus Teilen der politischen Konkursmasse der „alten" NPD Strömungen der einflussreichen „Neuen Rechten".

Heute muss man die NPD und ihr Umfeld als teil-hegemonial in einigen Gegenden Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns bezeichnen.

Die terroristische Einschüchterungsfunktion (sowie auf niedrigerem Niveau die Destabilisierungsfunktion) erfüllte die NPD beispielsweise bereits 1968 durch einen Anschlag ihrer Mitglieder auf das Bonner Büro der DKP, heute überfallen Kameradschaften, Autonome Nationalisten und ähnliche Kräfte aus dem NPD-Umfeld fortschrittliche Institutionen. Die Straßenkampf- und Bürgerkriegsfunktion erledigte in früheren Zeiten vor allem der „Ordnerdienst" der Partei, seit 1996 ist der „Kampf um die Straße" im Rahmen des Viersäulenkonzepts offizieller Bestandteil der Parteistrategie.

Auch die „pro"-Bewegung bemüht sich um das Auffangen von Bevölkerungsschichten, die sich unter Krisenbedingungen von den bürgerlichen Parteien abwenden; das an der Zustimmung zum Politikangebot von „pro" ablesbare Barometer bezieht sich allerdings nicht auf die Sammlung der Massenbasis für eine faschistische Diktatur, sondern für „administrativ-autoritäre Politik"[10].

„Pro" bedient zudem ein geopolitisches Feindbild, welches so offen, aus bestimmten Gründen, nicht von den bürgerlichen Parteien angesprochen werden kann (Alibifunktion), zudem treiben rechtspopulistische Diskurse zur Beschäftigung mit Themen wie z. B. „Islam". Hier zeigt sich auch die ideologische Umorientierungsfunktion des Rechtspopulisten, die in einer „Ethnisierung sozialer Problemlagen" und „‚Kulturalisierung' der Politik"[11] zum Tragen kommt. Eine Übernahme der drei gewaltanwendenden Funktionen verbietet sich für die Rechtspopulisten allerdings aufgrund der Logik der eigenen law-and-order-Demagogie.

Reinhard Opitz hat – ebenso wie beispielsweise Reinhard Kühnl[12] – auf die Wichtigkeit der Interessen der Oberklassen für das Verständnis politischer Erscheinungen verwiesen. Unter diesem Gesichtspunkt ist die NPD der Nukleus eines Kräftefeldes, welches die Funktionsbestimmung des Neofaschismus auf sehr unterschiedlichem Niveau erfüllt. In bestimmten Gegenden ist sie teil-hegemonial, in anderen Gegenden können nur bestimmte (hauptsächlich die gewaltanwendenden) Funktionen erfüllt werden.

Das derzeitige Angriffspotential aus Neonazi-Banden und Rechtsterroristen (teilweise mit nachrichtendienstlicher Unterstützung) erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen als ausreichend in Bezug auf die Interessen der Kapitalseite.

Anders sieht es bei der Frage rechtspopulistischer Formationen aus, da unter den krisenhaften Erscheinungen unserer Tage, das mit ungefähr 20 % bezifferte Potential einer Partei rechts von CDU und FDP einer kapitalismuskompatiblen Alternative zuzuführen ist. Die aktuellen Erwägungen des ex-BDI-Chefs Hans Olaf Henkel bezüglich der Gründung einer neuen Partei werden so in der Zukunft eine Rolle spielen.

Der Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und Neofaschismus ist der zwischen allen Rechtstendenzen: es gilt hier quasi die Gefahr der „Selbstverstärkung". Besonders eifrige Anhänger rechtspopulistischer Thesen können deren Umsetzung bis hin zu blutiger Konsequenz fordern und selbst vollführen, wie im Falle von Anders Behring Breivik.

Eine starke rechtspopulistische Partei in der BRD würde unter Umständen auf kurze Sicht den Neofaschisten einen Teil ihrer Wählerschaft abgraben, auf längere Sicht allerdings Diskurse weiter gesellschaftsfähig machen, an die andere extrem rechte Kräfte anknüpfen könnten, ähnlich wie der Einsatz von law-and-order-Parolen oder ausländerfeindlichen Ressentiments im Wahlkampf bürgerlicher Parteien die extreme Rechte nicht marginalisiert, sondern deren Inhalte in der Regel konsolidiert.

Phillip Becher ■

Anmerkungen

1 Opitz, Reinhard: Was ist rechts? Was sind Rechtstendenzen?, in: Marxistische Blätter Jg. 18, Nr. 3 / 1980, S. 27-31, hier S. 27.
2 Opitz, Reinhard: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Das Argument Jg. 16, Nr. 87 / 1974, S. 543-603, hier S. 555.
3 Opitz: Was ist rechts? Was sind Rechtstendenzen?, a.a.O., S. 28.
4 Opitz, Reinhard: Hauptaspekte der Diskussion um den Faschismusbegriff [1975], in: derselbe: Liberalismus – Faschismus – Integration. Edition in drei Bänden. Band II, Marburg: BdWi-Verlag 1999, S. 142-148, hier S. 146.
5 Opitz, Reinhard: Faschismus und Neofaschismus, Bonn: Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger 1996, S. 186.
6 Ebenda, S. 187f.
7 Butterwegge, Christoph: Was ist Rechtspopulismus? Die Zustimmung zu seinen Inhalten wächst auch in Deutschland, in: antifa – Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur, November / Dezember 2011, S. 9.
8 Edathy, Sebastian / Sommer, Bernd: Die zwei Gesichter des Rechtsextremismus in Deutschland – Themen, Machtressourcen und Mobilisierungspotentiale der extremen Rechten, in: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 45-57.
9 Ebenda, S. 45.
10 Opitz, Reinhard: Die deutsche Rechte von Weimar bis heute [1979/80], in: derselbe: Liberalismus – Faschismus – Integration, a.a.O., S. 360-380, hier S. 376.
11 Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: derselbe: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung". Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008, S. 37-51, hier S. 49.
12 Vgl. Kühnl, Reinhard: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, 174.-176. Tausend, Reinbek: Rowohlt 1986, S. 99-117.

Rechtsum im Hofgarten

Bericht von www.aida-archiv.de

MÜNCHEN. Bei einer vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ mitinitiierten Veranstaltung zum Volkstrauertag kam es am Sonntag, 13. November 2011, im Hofgarten an der Staatskanzlei zu einer bemerkenswerten Allianz: Bundespolizeidirektion und Bundeswehr gestalteten den Trauerzug und die Kranzniederlegung gemeinsam mit ultrarechten Gruppen wie der „Burschenschaft Danubia“ oder der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR). In den Stunden vor der Gedenkfeier war der Ablauf von den Staatsorganen gemeinsam mit den Aktivisten der rechten Gruppen besprochen und eingeübt worden. Sympathisant_innen der beteiligten Ultrarechten hatten zudem im Vorfeld Eintrittskarten für die Veranstaltung ausgehändigt bekommen. Im Publikum, das diesem Aufzug beiwohnte, befand sich auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann.

„Traditionsgemeinschaft“

Die „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ besteht unter diesem Namen seit 1955, davor gab es die „Gemeinschaft der Ritterkreuzträger“. Der Name bezieht sich auf die nationalsozialistische Tapferkeitsauszeichnung: Infolge des Polenfeldzugs verlieh Adolf Hitler persönlich über 7000 „Ritterkreuz“-Auszeichnungen zum „Eisernen Kreuz“. 438 dieser militärischen Orden erhielten Mitglieder der SS und Waffen-SS, z. B. der Kriegsverbrecher und SS-Obergruppenführer Josef „Sepp“ Dietrich. Konnten zunächst nur Träger eines „Ritterkreuzes“ oder des sogenannten „Militärverdienstkreuzes“ Mitglied der OdR werden, nimmt die Organisation heute auch Sympathisant_innen auf. Joachim Philipp aus Unterschleißheim ist stellvertetender Vorsitzender der OdR. Die militaristische „Ordensgemeinschaft“ spricht das nationalsozialistische Deutschland von der Schuld am Zweiten Weltkrieg frei. Im Juni 1993 hieß es in der organisationsinternen Zeitschrift „Ritterkreuz“: „Das Beharren bundesdeutscher Lehrstuhlinhaber und verbeamteter Historiker auf der Legende am deutschen Überfall auf die Sowjetunion weitet sich zum peinlichsten Desaster der Nachkriegsgeschichte aus“.

Auf ihrer Jubiläumsveranstaltung im Jahr 2004 traten Reinhard Günzel, Dauerreferent der rechten Szene, sowie der Geschichtsrevisionist Gerd Schultze-Rhonhof auf, der in seinem Buch „Der Krieg, der viele Väter hatte“ ebenfalls die deutsche Kriegsschuld relativiert. Mitglieder der OdR standen in der Vergangenheit mit der extremen Rechten in Verbindung, z. B. über das Düsseldorfer Mitglied Hajo Herrmann, Multiaktivist in der deutschen Neonaziszene, oder bei der jährlichen SS-apologetischen Gedenkfeier auf dem Kärntner Ullrichsberg.

Schwarz-weiß-rot

1999 erließ Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping ein Kontaktverbot für Soldat_innen der Bundeswehr gegenüber der OdR, da diese von Leuten geführt werde, „die sehr nahe am Rechtsradikalismus sind, zum Teil direkt drin“. Für Beerdigungen und Kranzniederlegungen werden heute teilweise wieder Ausnahmeregelungen getroffen, z. B. dergestalt, dass Kränze der OdR von Bundeswehrsoldat _innen statt von den OdR-Delegierten niedergelegt werden.

Im Hofgarten trugen Bundeswehrsoldaten den Kranz der OdR, der mit einer Kranzschlaufe (Aufschrift: „Traditionsgemeinschaft des Eisernen Kreuzes - Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“) in schwarz-weiß-rot, den Farben von Kaiserreich und Nationalsozialismus sowie einem „Eisernen Kreuz“ dekoriert war. Nur einen Meter dahinter folgten die beiden Delegierten der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ ihrem Kranz.



Kranzniederlegung der ‚Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger' im Beisein des bayerischen Innenministers (Mitte oben). Foto: Hannah Hofmann

„Heldengedenken“

Aber die OdR war nicht die einzige ultrarechte Organisation, die unter den Augen von Innenminister Herrmann am Sonntag Vormittag im Hofgarten vertreten war.

Im offiziellen Trauerzug der Veranstaltenden und unter den in Formation Angetretenen befanden sich auch Mitglieder des „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ sowie Vertreter Münchner Burschenschaften, darunter „Chargen“ (in Phantasieuniformen gekleidete Funktionäre) der bis ins neonazistische Spektrum hinein verwobenen „Burschenschaft Danubia“.

Die Münchner Burschenschaft „Cimbria“ hatte die Volkstrauertagsveranstaltung gar unter der aus dem Nationalsozialismus stammenden Bezeichnung „Heldengedenken“ in ihrem Semesterprogramm eingetragen.

„Kameradenkreis“

Beim „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ handelt es sich um eine Organisation, in der sich sowohl ehemalige Mitglieder von Gebirgsjägereinheiten der NS-Wehrmacht und der Waffen-SS als auch ehemalige und aktive Mitglieder der Bundeswehrgebirgstruppe organisieren. Ehrenpräsident der Vereinigung war der in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen verurteilte General a. D. Hubert Lanz.

„Danubia“

Die „Danubia“ gehört zu den am weitesten rechtsaußen angesiedelten studentischen „Burschenschaften“ überhaupt. Sie ist Teil der völkischen „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) deutscher und österreichischer Burschenschaften, die zuletzt im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) rassebiologische Aufnahmekriterien festschreiben lassen wollte. Das Haus der „Danubia“ in der Möhlstraße im Münchner Stadtteil Bogenhausen wird auch von Mitgliedern der neonazistischen „Kameradschaft München“ besucht.

Ein führendes Mitglied der Neonazitruppe soll nach Informationen des a.i.d.a.-Archivs in der letzten Zeit sogar unter der Danubia-Adresse gemeldet gewesen sein. Die neonazistische „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ hat in Kooperation mit Burschenschaftern der Danubia in deren Haus ein oberbayerisches „Regionaltreffen“ abgehalten.

Das Referentenprogramm der Burschenschaft in den letzten Jahren liest sich wie das „Who is who“ der extrem rechten Szene. Im Mai 2011 hatte die „Danubia“ z. B. den „nationalrevolutionären“ Publizisten Jürgen Schwab (Nürnberg) als Vortragenden eingeladen. Schwab, der regelmäßig Texte auf der Homepage des neonazistischen „Freien Netz Süd“ veröffentlicht, war wenige Tage vorher, am 1. Mai, zusammen mit dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Karl Richter beim Neonaziaufmarsch in Heilbronn als Redner aufgetreten.

Robert Andreasch,

Frankreich:

Zweite Parlamentskammer stimmt dem „Ausländerwahlrecht“ auf kommunaler Ebene zu

Aktive und passive Widerstände von Konservativen und Rechtsextremen – Kundgebungen für und wider

Es währte lange, bis etwas in Bewegung kam: In elfjährigem Abstand hat nun auch die zweite Parlamentskammer in Paris – der Senat, das „Oberhaus“ des französischen Parlaments – einem Gesetzentwurf zugestimmt, welcher in Frankreich lebenden und arbeitenden Einwanderern auf kommunaler Ebene das Wahlrecht verleiht. Durch die Nationalversammlung, also das parlamentarische „Unterhaus“, war eine entsprechende Gesetzesvorlage in erster Lesung am 20. Oktober 1999 sowie definitiv am 3. Mai 2000 verabschiedet worden. Danach passierte gut elf Jahre lang nichts.

Die Ursache dafür lag darin, dass bis Ende September 2011 im Senat seit Jahrzehnten eine stabile schnarch-konservative, provinzielle und behäbige Mehrheit herrschte. Doch zum ersten Mal seit Bestehen der (1958 gegründeten) Fünften Republik wurde diese Mehrheit durch die Wahl am 25. September dieses Jahres aufgebrochen. Seitdem existiert dort eine formell „linke“, also überwiegend sozialdemokratische Mehrheit.[1]

Dieser Mehrheitswechsel hatte zwei Auswirkungen, welche für unsere antifaschistische und antirassistische Leser/innen/schaft interessant sein dürften. Zum Einen putzte es endlich den langjährigen Senator Jacques Blanc aus dem Raum Montpellier weg. Er war 1998 einer der wichtigsten Protagonisten der damals in mehreren Regionalparlamenten geschlossenen Allianzen aus Konservativen (damals RPR/UDF) und Front National gewesen. Die Stadt Montpellier hatte seinerzeit per Ratsbeschluss die breite Strae, die zum dortigen Regionalparlament führt, in „Avenue de Vichy“ umgetauft.

Und zum Anderen wurde der Weg frei für Gesetzentwürfe, welche der Zustimmung beider Parlamentskammern bedürfen und deswegen in der Vergangenheit „eingefroren“ worden waren. Dies gilt insbesondere für den Gesetzestext zur Zulassung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Staatsbürger/innen, die seit mindestens fünf Jahren („legal“) in Frankreich wohnen, dort arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt haben. Er konnte im Frühjahr 2000 angenommen werden, weil damals die etablierten Linksparteien – Sozialdemokratie, KP, Grüne zuzüglich Linksliberalen und Linksnationalisten – gemeinsam die Regierungskoalition stellten und eine Mehrheit in der Nationalversammlung innehatten. Doch über die Mehrheit im Senat verfügten sie damals nicht. Das „Oberhaus“ befasste sich deswegen nicht einmal mit dem Thema. Nachdem es auch in der Nationalversammlung seit Juni 2002 eine konstante Mehrheit der Rechtsparteien (vor allem UMP) gibt, blieb das Thema erst einmal „tot“.

Meinungswandel einer gesellschaftlichen Mehrheit

Die Ergebnisse der Senatswahl von Ende September 11 hat es nun wiederbelebt und neuen Schwung in die Diskussion befördert. Gleichzeitig war festzustellen, dass Presse und Umfragen inzwischen einen gesellschaftlichen Meinungswandel widerspiegeln: Während bis in die 1990er Jahren hinein eine Mehrheit dagegen blieb, hat sich dies nunmehr klar gewandelt. Jüngste Umfragen sprechen von 60 %[2] bzw. 61 % (lt. einer Erhebung für die Boulevardzeitung ‚Le Parisien‘) Befürworter/inne/n eines solchen kommunalen Wahlrechts.

Die Gesetzesvorlage wurde nunmehr am Donnerstag, den 8. Dezember 11 am Abend im Senat angenommen. Verabschiedet wurde sie mit 173 Stimmen gegen 166. Das Gesetzgebungsverfahren ist damit – nachdem nun, in mehrjährigem Abstand, beide Parlamentskammern zustimmten – jedoch noch nicht abgeschlossen. Da der Text verfassungsändernde Wirkung hat, muss nunmehr noch entweder der Kongress (eine Vereinigung beider Parlamentskammern zwecks Abstimmung über eine Verfassungsänderung) mit Drei-Fünftel-Mehrheit oder aber das Wahlvolk in einem Referendum zustimmen. Und nach dem geplanten neuen Verfassungsartikel 72-5, der das Grundsätzliche regelt, müsste zudem noch ein neues „einfaches“ Gesetz angenommen werden, um die Ausführungsbestimmungen zu regeln. In beiden Fällen wird es also eine sozialdemokratische Mehrheit in der Nationalversammlung, welche es eventuell ab Juni 2012 geben könnte, brauchen.

Auch der geplante neue Artikel 72-5 hat seine Haken, insofern als er zwar seit mindestens fünf Jahren in Frankreich lebenden Einwanderern das aktive und passive Wahlrecht garantiert, aber zugleich wichtige Ausnahmen regeln. So wird ihnen das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen gewährleistet, aber zugleich werden sie von manchen Funktionen auf kommunaler Ebene (Bürgermeister/in und Stellvertreter/in, sowie Wahlmänner und -frauen für die Senatswahlen) ausdrücklich ausgeschlossen.

Widerstände von Rechts

Die Initiative der Sozialdemokratie im französischen Senat rief erhebliche Widerstände auf der politischen Rechten hervor. Dies gilt für den konservativen Bürgerblock. Aus dessen Reihen richtete Premierminister François Fillon – er gilt ansonsten als eher moderat, und meldete etwa im Winter 2009/10 Widersprüche gegen die damalige Ideologiekampagne des Regierungslagers unter dem Titel „Debatte zur nationalen Identität“ an – scharfe Vorwürfe an die neue „linke“ Mehrheit im Senat. Fillon sprach am 8. Dezember im Senat von einem „Vorhaben, um die Grundlagen der Republik zu unterminieren“ sowie einem „Risiko, die politische Debatte zu kommunitarisieren (= d.h. Partikularinteressen von Gruppen unterzuordnen)“. Innenminister Claude Guéant seinerseits behauptete in einem Interview, die Sozialdemokratie wolle bewusst den Front National in der Wählergunst steigen lassen, um die Konservativen zu schwächen.

An jenem Donnerstag, den 8. Dezember demonstrierten jeweils rund 150 bis 200 Anhänger/innen der Position „pro“ und „kontra Wahlrecht für Einwanderer“ vor dem französischen Senat. Auf Seiten der Befürworter/innen des neuen Wahlrechts war die prominenteste Teilnehme-

---

Vizepräsident des FN spaziert in Israel herum

Am Montag früh (12. Dezember 11) meldete die französische Nachrichtenagentur AFP um 10.44 Uhr, die „Nummer zwei“ in der Parteihierarchie des Front National halte sich in Israel auf. Es handelt sich um Louis Aliot, Vizepräsident der rechtsextremen Partei seit ihrem letzten Kongress in Tours am 15./16. Januar 2011 und Lebensgefährte ihrer Chefin Marine Le Pen. Die rechtszionistische Webseite JSS.News hatte am Vormittag vermeldet, Louis Aliot habe, „um jedes Leck (Anm.: bei der Informationsverbreitung) zu vermeiden, sein Flugticket erst am Vortag gekauft“ und sei „inkognito gegen 17 Uhr in Tel Aviv gelandet“. Er sei in Begleitung von „mindestens einer Person (ein Leibwächter?)“; vgl. http://jssnews.com/ 2011/12/11/scoop-jssnews-louis-aliot-alias-monsieur-marine-le-pen-en-visite-secrete-en-israel/

Nähere Einzelheiten über sein Besuchsprogramm dort sind bislang nicht bekannt. Wir werden unsere Leser/innen auf dem Laufenden halten.

BhS ■

rin die norwegischstämmige Französin und prominente Ex-Untersuchungsrichterin Eva Joly, welche derzeit für ein Bündnis aus Grünen und Linksliberalen unter dem Namen Europe Ecologie-Les Verts (EE-LV) zu den französischen Präsidentschaftswahlen im April 2012 kandidiert. Die Gegner/innen wurden durch Marine Le Pen, seit Januar dieses Jahres Chefin des Front National (FN), angeführt.

In ihrer Rede führte die Vorsitzende des FN u.a. aus: „Unnötig zu sagen, dass ich entschlossen gegen das Wahlrecht für Ausländer bin. Das Wahlrecht ist ein Attribut der Staatsbürgerschaft, und die Staatsbürgerschaft ist auflöslich mit der Nationalität verknüpft. Das ist unsere republikanische Regel seit jeher, das ist unsere nationale Tradition, und es kommt nicht in Frage, sie zu ändern. Es kommt ebenso wenig in Frage, den Franzosen das letzte Privileg (im Original: le dernier privilège) zu entziehen, das sie noch besitzen: das Recht, ihre Repräsentanten zu wählen."

An anderer Stelle fügte sie hinzu, indem sie den sozialdemagogischen Resonanzboden zum Vibrieren brachte: „Lassen wir uns nicht täuschen, wenn der Parti Socialiste das Ausländerwahlrecht unterstützt, dann hat das wahlpolitische Gründe. (...) Wenn man den Ausländern das Wahlrecht gibt, bedeutet dies, sich in bestimmten Städten, die unter der Masseneinwanderung zusammenbrechen, leichter wählen zu lassen. Der PS möchte Wähler (zurück)gewinnen, weil er das französische Volk verloren hat, weil er die Arbeiter verloren hat, die Werktätigen, die sich heute immer zahlreicher an uns wenden, sich meiner (Präsidentschafts-) Kandidatur der Zuversicht zuwenden. (...) Der PS drückt so seine Prioritäten aus: Die Ausländer zuerst. Beschäftigungspolitik, Reindustrialisierung, die Euro-Krise, Sicherheit, die Verallgemeinerung der Korruption interessieren den PS nicht – die Franzosen werden es sich merken. Die Kaste an der Mach, ob von der Linken oder der Rechten, ist total von den Bestrebungen des franösischen Volkes abgekoppelt. Sie versteht es nicht, sie liebt es nicht, und handelt nur aufgrund ihrer kleinen wahlpolitischen Klientelinteressen, ohne sich einen Augenblick lang um das Gemeinwohl zu sorgen."

Marine Le Pen musste natürlich auch eine Verbindung zu den Dauerbrennerthemen „Islamismus" und „vermeintliche Bedrohung Europas" ziehen. Dazu führte sie aus, die angeblich bereits vor der Tür stehenden barbarischen Horden ausmalend: „Die unterschwellige Gefahr ist, den islamischen Fundamentalisten eine weitere Waffe in die Hand zu geben, welche sich auf jeden unserer Rückzieher stürzen werden, um die Republik und unsere Gesetze zurückzudrängen (...)."

Unter den Teilnehmer/inne/n der Kundgebung befanden sich aber auch Repräsentanten der Gruppierung Riposte Laïque („Gegenwehr der Säkularisten", so lautet der Name einer Internetpublikation), welche auch über einen eigenen Verein namens Résistance Républicaine (RR) auftritt. Es handelt sich um eine [ber einen gewissen Einfluss in pseudo-intellektuelle Kreise verfügende Strömung, die durch Ex-Linke angeführt wird und sich die vermeintliche „Verteidigung der Republik gegen die islamische reaktionäre Bedrohung" auf die Fahnen geschrieben hat. Seit einem bis zwei Jahren nähert sie sich offen an Marine Le Pen an.

Fotos auf den Seiten der Webpublikation zeigen die RR-Chefin Christine Tasin bei der Kundgebung, und der RR-Kader sowie frühere UMP-Kommunalparlamentarier in einem westlichen Pariser Vorort (sowie rechte „Dissident" des Sarkozy-Lagers) Gérard Brazon publizierte auf den Seiten von Riposte Laïque einen Bericht über die Kundgebung. Brazon führte auch an, mit welchen Argumenten man vor der versammelten Presse gegen das Wahlrecht für Immigranten aufgetreten sei. So zitiert Brazon die (eigene) Idee, es sei ein untaugliches Argument, die „Ausländer" müssten in Frankreich auf lokaler Ebene wählen dürfen, weil sie im Land auch Steuern bezahlten: In dem Falle müsste man der Hälfte der Franzosen das Wahlrecht entziehen, führt Brazon aus, weil rund 50 % der Haushalte keine Lohn- und Einkommenssteuer bezahlen. (Dies ist der Fall, weil ihre Einkünfte zu schwach ausfallen und unter den dafür angelegten Mindestsatz fallen.) Nicht unbedingt eine logisch zwingende Argumentation, aber nehmen wir sie einfach zur Kenntnis…

Bernhard Schmid, Paris ■

1 Vgl. dazu in unserem Archiv: http://www.antifaschistische-nachrichten.de/index. php?id=6431&tx_ttnews[tt_news]=8719&tx_ ttnews[backPid]=6391

2 vgl. http://actu.orange.fr/politique/immigration-gueant-a-l-offensive-60-des-francais-pour-le-vote-des-etrangers-afp_342360.html

Castres: Grabschänder war FN-Mitglied

Am vergangenen Mittwoch, den 7. Dezember wurde im südwestfranzösischen Castres einem 48-jährigen Ex-Berufssoldaten der Prozess gemacht. Im Januar dieses Jahres hatte er versucht, muslimische Gräber gezielt – u.a. durch das Hinterlegen von Schweineschwarten – zu „schänden". Der Staatsanwalt forderte eine Haftstrafe auf Bewährung und beklagte ein von Rassismus und Diskriminierung geplagtes Klima, das im Lande „bis hin zu Regierungsmitgliedern" unterhalten werde. Das Urteil fällt am 4. Januar 12.

Podeur war Ende November identifiziert und unter Anklage gestellt worden. Es stellte sich dabei heraus, dass er Parteimitglied des Front National ist. Die rechtsextreme Partei erklärte darauf, seine Mitgliedsrechte würden – bis zur formellen Entscheidung über einen Parteiausschluss – eingefroren. Die Parteizentrale erklärte, es handele sich „um einen dummen und feigen Akt, welcher mit der Zugehörigkeit zur Bewegung von Marine Le Pen unvereinbar ist."

BhS ■

Protest gegen Adventskonzert der Bundeswehr

Hannover. Am 30. November versammelten sich 100 Gegner aus dem Bereich Friedensbüro und Autonome gegen das Adventskonzert des Heeresmusikkorps der 1. Panzerdivision in der Neustädter Hof- und Stadtkirche. Die Soldaten der 1. Panzerdivision sind in Afghanistan und im Kosovo im Einsatz. Die Kirche war weiträumig abgesperrt, das Polizeiaufgebot übertraf bei Weitem die Anzahl der Demonstranten.

Bis 2009 spielte das Heeresmusikkorps in der Marktkirche in der Innenstadt von Hannover. Proteste und Aktionen dagegen führten bei der Kirche zu dem Beschluss, die Konzerte dort nicht mehr stattfinden zu lassen. Mit Kerzen und Friedensliedern, mit Parolen wie „Soldaten töten" und „Spiel mir das Lied vom Tod" sowie lautem Topfdeckelschlagen und Pfeifkonzerten protestierten die Gegner vor allem gegen den Einsatz in Afghanistan.

Im evangelischen Pressedienst war zu dem Konzert zu lesen: „„Wir machen darauf aufmerksam, dass Militärmusik nicht in Kirchen gehört", sagte Eva Politt vom Friedensbüro Hannover. Soldaten gehörten als Menschen in die Kirche, aber nicht in Uniformen. Dadurch erhalte Gewalt eine Art Heiligenschein. An der Aktion beteiligten sich nach ihren Angaben auch zahlreiche Mitglieder der kirchlichen Friedensbewegung.'" „Der Friedensbeauftragte der hannoverschen Landeskirche, Pastor Klaus Burckhardt, unterstützte die Demonstration der Kriegsgegner. Bundeswehr-Konzerte passten in öffentliche Räume wie Stadthallen, aber nicht in Kirchen, sagte der Theologe. Der Krieg in Afghanistan werde so verharmlost."

Die 1. Panzerdivision feiert auch in jedem Jahr ein Sommerbiwak im Stadthallengarten, das finanziell von der Stadt gesponsert wird, auch hier gibt es seit Jahren Protest. Derzeit gibt es bei der Bundeswehr Pläne, die 1. Panzerdivision nach Oldenburg zu verlegen. Die Stadt hat darüber ihr Bedauern ausgedrückt, die Gegner wird es freuen.

bee ■

Gala Abend der Jugendlichen Ohne Grenzen

Anlässlich der Innenministerkonferenz in Wiesbaden wählen die „Jugendlichen Ohne Grenzen“ im Rahmen eines Galaabends den Abschiebeminister 2011. Mit diesem Negativpreis zeichnen junge Flüchtlinge jährlich einen Landesinnenminister für besonders unmenschliche Flüchtlingspolitik aus. Neben dem Bayerischen Innenminister Hermann, der verstärkt in den Irak abschieben möchte, sind Uwe Schünemann (Niedersachsen) und Michael Neumann (Hamburg) wegen der andauernden Roma-Abschiebungen aus ihren Bundesländern nominiert.

Parallel dazu werden Initiativen geehrt, die sich gegen die Abschiebung ihrer MitschülerInnen, NachbarInnen, FreundInnen und Bekannten einsetzen. Eine Jury um Liedermacher Heinz Ratz (Strom & Wasser) und Dr. Jürgen Miksch (Vorsitzender des Interkulturellen Rat in Deutschland) vergibt den Initiativenpreis 2011. Während der Gala wird das Theaterstück „Die im Dunkeln“ des Theater Peripherie (Frankfurt) aufgeführt. Das Theaterprojekt fokussiert die Ambivalenz zwischen den Hoffnungen, die „illegale“ MigrantInnen einerseits mitbringen, und den Strategien (bsp. soziale Netzwerke, Tricks des Tarnens), die sie andererseits einschlagen müssen. Zudem wird die Arbeit von Jugendliche Ohne Grenzen im Rahmen einer Scheck-Übergabe durch das Deutsche Kinderhilfswerk gewürdigt.

Den Initiativenpreis 2011 erhalten:

- *Aktion „Hasbulat will leben!“* (Mittelpunktschule Hartenrod). Schüler, Eltern und Lehrer schafften es, die Abschiebung des 9-jährigen Hasbulat zu verhindern. In Tschetschenien wäre sein schweres Nierenleiden nicht behandelt worden, mit lebensgefährlichen Konsequenzen.
- *Kirchenasyl für Familie Ghareb* (St. Augustin Gemeinde Coburg). Als einer Familie die Kettenabschiebung in den Irak drohte, schützte die Gemeinde sie mit einem Kirchenasyl. In Bagdad wären die Christen von Anschlägen und Vertreibung bedroht gewesen.
- *Gegen die Abschiebung von Yahye Adan Dualle* (SIKS e.V. Frankfurt). Die Stadtteilinitiative setzt sich für ein Bleiberecht des 17-jährigen Somaliers ein. In Polen war der Rapper immer wieder von Nazis bedroht worden, in Frankfurt hat er eine neue sichere Heimat gefunden.

Quelle: Jugendliche Ohne Grenzen – Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

150 Flüchtlinge aus Malta kommen nach Deutschland

Am Dienstag, den 29. November war es endlich soweit: 150 Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Ländern landeten in Deutschland – sie wurden hier aufgenommen, um Malta zu entlasten.

Malta, ein Land, das auf kleinster Fläche mit 420.000 EinwohnerInnen kaum gewillt ist, die ankommenden Flüchtlinge adäquat zu empfangen und unterzubringen: Abschreckung ist das oberste Gebot, und so landen alle erst einmal in alten Militärlagern im geschlossenen Deten-tion Centre, nur um sich nach der Entlassung – Monate später – in den sogenannten Open Centres in Zelten oder Containern am südlichen Zipfel des Landes wiederzufinden.

Nun also dürfen einige wenige nach Deutschland kommen. Gleichzeitig werden weiterhin diejenigen, die es aus eigener Kraft geschafft haben, nach Malta zurückgeschoben. „Dublin II“ nennt sich dieses Verfahren: Die Rückschiebung in das EU-Land, in dem man zuerst europäischen Boden betreten hat und in dem das Asylverfahren durchgeführt werden muss.

Die Begleitung der 150 Flüchtlinge durch die deutschen Behörden und die International Organization for Migration (IOM) kann nur als unzureichend bezeichnet werden: Obwohl seit Monaten klar ist, dass Familien mit Kindern und einige wenige weitere Ausgewählte nach Deutschland dürfen, wurde die Abreise immer weiter hinausgezögert, bis sie jetzt in der kältesten, dunkelsten Jahreszeit ankommen. Und da keine Kosten entstehen durften, wurde die Deutsche Evangelische Andreas-Gemeinde auf Malta aufgefordert, Kleiderspenden zu organisieren und kostenlose Sprachkurse anzubieten – wenigstens um „Guten Tag“ sagen zu können.

Die vielen Fragen der Menschen, die wir in einem alten stillgelegten Flugzeughangar in Hal Far trafen und die uns um Hilfe baten, wenn sie denn nun nach Nordrhein-Westfalen, Bonn oder Hessen, Hamburg oder Schleswig-Holstein kommen würden, gingen uns nahe. Aber auch die bitteren Fragen derer, die nicht genommen wurden und nun noch desillusionierter in einer unendlichen Warteschleife ihr Leben verbringen.

„Wie sollen die Menschen das schaffen“ fragte uns Dr. Ahmed Bugre, der Leiter des Marsa Open Centres, einer Nichtregierungsorganisation. „Ich kenne Deutschland und finde es schon schwierig – aber diese Menschen aus Eritrea oder Äthiopien oder Somalia sind seit Jahren auf der Flucht, waren jahrelang in Libyen. Niemand hat sie adäquat auf ein Land wie Deutschland vorbereitet. Sollen sie scheitern – ist das die Absicht?“

Die engagierte Hilfe aus der Andreas-Gemeinde auf Malta war jedenfalls ein gutes Zeichen, dass Menschen sich für diese Flüchtlinge einsetzen wollen. Es ist ihnen zu wünschen, dass sie ebensolche Hilfe erleben, wenn sie in den nächsten Tagen in Bonn oder Schleswig-Holstein, Bayern oder Frankfurt am Main ankommen werden. *PM Pastorin Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Ev.-luth Kirche 29.11.2011* ■

Brüssel baut neue Mauern

Berlin. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (EP) diskutierte am 5.12. über Verschärfungen der Visaverordnungen. Grundlage ist ein Vorstoß der Europäischen Kommission: Diese droht osteuropäischen Ländern mit einer Aussetzung der Visafreiheit, weil von dort zu viele Asylbewerber kämen.

Generell brauchen Bürger von Nicht-EU-Staaten Visa, wenn sie in die EU wollen. Mit einer Reihe von EU-Nachbarstaaten gibt es aber Abkommen, welche den Visumszwang aufheben. Dafür verpflichten sich diese Staaten zur »Rücknahme« eigener Bürger, die sich »illegal« in der EU aufhalten. So verhält es sich seit 2009 mit Serbien und Mazedonien. Die Zahl der Asylbewerberzahlen aus diesen Staaten, vor allem von Roma, ist seither stark angestiegen. Roma sehen sich in diesen Staaten nicht nur massiver Benachteiligung bei Zugang zu Bildung, zum Gesundheitswesen und zum Arbeitsmarkt ausgesetzt – bisweilen werden sie auch Opfer zwangsweiser Umsiedlungen, bei denen sie aus ihren Dörfern vertrieben werden.

Die Herkunftsländer der Roma werden jetzt unter Druck gesetzt: Die EU-Kommissare für Inneres und Justiz, Cecilia Malmström und Stefan Füle, haben offen dazu aufgefordert, Maßnahmen gegen die Ausreise potentieller Asylbewerber zu ergreifen. Faktisch ist dies ein Aufruf zu menschenrechtswidrigen Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung. Mazedonien hat bereits beschlossen, den »Missbrauch der Visafreiheit in der EU« mit Passentzug zu bestrafen. Serbien plant ähnliche Maßnahmen. Zukünftig sollen Ausreisewillige vor ihrer Ausreise überprüft werden. Wenn sie im Verdacht stehen, in der EU Asyl zu beantragen, soll ihnen die Ausreise verwehrt werden. Der Menschenrechtskommissar des Europäischen Rates, Thomas Hammarberg, wies in einer Erklärung darauf hin, dass dieser Verdacht in der Praxis an der Zugehörigkeit zu den Roma festgemacht wird, es sich also um eine rassistische Maßnahme handelt. Diese Maßnahmen verstießen außerdem gegen das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verbriefte Recht, das eigene Land verlassen zu dürfen.

Auch Pro Asyl schloss sich der Kritik an. Es seien „meist die Angehörigen schwer diskriminierter und daher oft zum Leben im Elend verdammter Minderheiten, die in der EU Asyl suchen“. Zugleich

würden die Roma so zu Sündenböcken, denen die Schuld an einer zeitweisen Aufhebung der Visafreiheit angelastet wird. Dies sei auch die Schuld der EU. Die Roma-Organisation Chachipe kritisierte die Kommission ebenfalls scharf. In Ermangelung konkreter Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Roma würden die Forderungen der Kommission zu noch mehr Diskriminierung führen.

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de jW, Mo., 5.12.2011 ■

MdL Gudrun Pieper von der CDU macht rassistischen Zwischenruf

HANNOVER. Während der Aktuellen Stunde des Landtags zur Abschiebepolitik der Landesregierung ist es zu einem Eklat gekommen. Während der Rede der migrationspolitischen Sprecherin der Grünen, Filiz Polat, rief die CDU-Abgeordnete Gudrun Pieper in Richtung der Politikerin: „Am besten hätte man Sie abschieben sollen". Dazu erklärte Hans-Henning Adler, der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag:

„Wir fordern Frau Pieper auf, ihr Mandat niederzulegen. Frau Pieper sollte sich selbst fragen, was sie nach einer solchen Aussage noch in einem Parlament zu suchen hat. Eine solche Aussage ist kein Kavaliersdelikt, ihre Entschuldigung kann das Gesagte nicht ungeschehen machen. Sie spiegelt eine beängstigende Geisteshaltung wider, denn aus ihr spricht Rassismus, der aus der Mitte der CDU-Fraktion kommt."

Auch der Kreistagsabgeordnete der LINKEN im Heidekreis Sven Köster unterstützt diese Forderung: „Mit dieser Aussage hat Frau Pieper eindeutig Grenzen überschritten. Ob jemand, der solche Aussagen trifft, dem Kreistag angehören sollte oder weiter den Vorsitz des Wirtschaftsausschusses leitet, darf bezweifelt werden." *PM DIE LINKE. Hannover/ Schwarmstedt/ Heidekreis* ■

Aufruf zur Unterstützung einer Selbstorganisation für Flüchtlinge

STUTTGART. Im Sinne der Stärkung von Flüchtlings-Selbstorganisation hat The Voice Refugee Forum Baden-Württemberg ein Büro in Stuttgart eingerichtet, um die Aktivitäten in Süddeutschland zu koordinieren. Inspiriert wurde diese Entwicklung durch das Karawane-Festival 2010, das die Überzeugung der Flüchtlinge bestärkt hat, aktiv und selbstbestimmt die Stille der Repression zu durchbrechen. Während einer Tour von The Voice-Aktivisten durch mehr als 30 Flüchtlingslager zeigte sich, dass Flüchtlinge vor allem auch wegen ihres verhinderten Zugangs zu Informationen Probleme haben. Dies ist der Hauptgrund für Angst und eine starke Anfälligkeit für Traumatisierung, woran sie langfristig zerbrechen.

Die Angst, die sich in der Regel von der Erstaufnahmestelle für Asylsuchende aus entwickelt, zwingt die neuen Flüchtlinge zum Taktieren als einzige Möglichkeit, um hier in Deutschland Zeit zu gewinnen. Dieses Taktieren führt oft auch dazu, dass sie ihre wahre Identität leugnen und zwangsläufig Angst davor haben ihre eigene Verfolgungsgeschichte zu erzählen. Diese Verteidigungsstrategie führt bis zur Selbstverleugnung, weil es für die Flüchtlinge unmöglich ist, zu ihrer wahren Identität zurückzukehren. Unter normalen Umständen müssten sie unveräußerlichen Schutz genießen.



Deshalb arbeitet The Voice Baden-Württemberg an der Mobilisierung von Flüchtlingen untereinander, damit diese durch den Austausch von Erfahrungen mit anderen Flüchtlingen ein Netz an Informationen aufbauen können. Die Koordinationgruppe von „Flüchtlinge für Flüchtlinge" hat regelmäßig die Erstaufnahmeeinrichtung besucht, um die Menschen dort über das Asylverfahren und über alles weitere aufzuklären, was sie erwartet. Außerdem wurden die Flüchtlinge mit Personen oder Gruppen in Verbindung gebracht, die sie in ihrer persönlichen Situation unterstützen können. Flüchtlinge werden aber gleichzeitig darin bestärkt, ihre individuelle Verantwortung wahrzunehmen, anstatt sich als hilflose Opfer zu sehen. Um das voranzubringen, braucht es sehr viel Unterstützung. Um unsere Büromiete zu begleichen, sowie Transportkosten (Beratung, Treffen, Lagerdelegationen etc.), rechtlichen Beistand für Flüchtlinge und andere logistische Notwendigkeiten für das Büro bezahlen zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützung.

Unterstützt die Selbstbestimmung der Flüchtlinge!

Flüchtlinge für Flüchtlinge (Community Network of The Voice), The Voice Büro, Böblinger Str 105, 70199 Stuttgart, Tel.: 017627873832 ■

Frontex-Charter ins Elend

DÜSSELDORF. Am 7.12. hob ein von Frontex organisierter Abschiebeflug in Düsseldorf mit Ziel Pristina/Kosovo ab. Mehr als 70 Personen waren gebucht. Die meisten Buchungen hatten diesmal nordrhein-westfälische Behörden vorgenommen – kurz vor Winterbeginn. Im letzten Jahr hatte Nordrhein-Westfalen angesichts der elenden Lage für Angehörige der Minderheiten, insbesondere Roma, Abschiebungen während des Winters ausgesetzt.

PRO ASYL hat sich im November in einem Schreiben an alle Innenminister dafür eingesetzt, keine Abschiebungen von Roma, Ägyptern und Ashkali in den Kosovo vorzunehmen. Hingewiesen wurde auf eine ganze Reihe von Berichten, die vielfältige Gefährdungen, schwierige Lebensbedingungen, fehlenden Zugang zu sozioökonomischen Rechten usw. darstellen. Besonders schlimm ergeht es abgeschobenen Kindern. Nach einer Studie vom August 2011 gingen im Untersuchungszeitraum weiterhin drei von vier schulpflichtigen Kindern nach der Abschiebung nicht zur Schule.

In Nordrhein-Westfalen hat das SPD-regierte Innenministerium mit einem kurzfristig anberaumten Fachgespräch am 29. November 2011 selbst die Starterlaubnis für die Abschiebungen vorbereitet. Von Seiten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wurde dort schlichtweg behauptet, die kosovarische Regierungsstrategie für die Integration der Roma, Ashkali und Ägypter – die tatsächlich bislang das Papier nicht wert war, auf der sie steht – werde nunmehr „nach anfänglichen administrativen Schwierigkeiten" in die Praxis umgesetzt.

Das deutsche URA 2-Hilfsprojekt zur Unterstützung von Rückkehrern in den Kosovo, so dessen Leiterin im Fachgespräch, könne für alle Personen adäquaten Wohnraum finden. Nichtregierungsorganisationen bezweifeln nach Recherchen weiterhin die Effizienz und Nachhaltigkeit der weitgehend befristeten Unterstützung.

Wie in der Vergangenheit ergänzen sich schlichte Behauptungen der kosovarischen Regierung und die Ankündigung einer schöneren Zukunft für Roma von Seiten des Bundesamtes. Dass allerdings der nordrhein-westfälische Innenminister das Fachgespräch einseitig interpretiert und schließlich jedes Problembewusstsein vermissen lässt, müsste im rot-grün regierten NRW eigentlich ein Politikum sein. Innen-

→

minister Jäger konstatiert zwar, dass sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Minderheitenangehörigen bisher nicht wesentlich verbessert habe, sieht jedoch durch das URA 2-Projekt deutliche Fortschritte bei den Startbedingungen für Rückkehrer.

PRO ASYL sieht tatsächlich keine Anzeichen einer nachhaltigen Integration der Roma im Kosovo, was über die Abschaffung ihrer Diskriminierung hinaus eine Eingliederung in den schwierigen Arbeitsmarkt und Zugang zu sozialen Rechten voraussetzen würde.

Das Projekt URA 2 bewegt sich seit jeher zwischen Flickschusterei mit Übergangsleistungen und Abschiebungslegitimation. Zum Winter fiel der Projektleiterin ein, was Innenminister Jäger dann beflissen referiert: „Holz zum Heizen könne man im Kosovo überall kaufen. Alternativ bestehe auch die Möglichkeit, bei der Gemeinde eine Genehmigung zum Holzsammeln einzuholen. Hieraus könne dann ggf. auch eine zusätzliche Erwerbsquelle entstehen."

Presseerklärung proasyl 7. Dezember 2011 ■

Abschiebegefängnis Ingelheim schließen!

SAARLOUIS/LOSHEIM AM SEE. Zum Tag der Menschenrechte fand in Mainz am 8. Dezember eine Kundgebung statt. „Es ist seit Jahren aus trauriger Notwendigkeit zur Tradition geworden, uns immer und immer wieder zu versammeln und unseren Protest und unser Nein gegen dieses Hochsicherheits-Gefängnis zum Ausdruck zu bringen", so Roland Röder, der die Aktion 3. Welt Saar im Vorstand des Saarländischen Flüchtlingsrates vertritt. Ziel ihrer Proteste sei nicht eine pädagogische Verbesserung der Abschiebehaft, sondern ein Ende dieses menschenverachtenden Irrsinns, wie er im Hochsicherheitsgefängnis Ingelheim auf den Punkt komme. „Wir haben eine andere Vision", erklärte Roland Röder weiter. „Wer hier ist, kann hier bleiben. Wir lehnen es ab, Menschen die oft aus katastrophalen gesellschaftlichen Verhältnissen hierher geflohen sind, als „Sicherheitsrisiko" und „Kriminelle" zu denunzieren und entsprechend zu behandeln."

Der Saarländische Flüchtlingsrat und die Aktion 3. Welt Saar wollen zum „Tag der Menschenrechte 2011" deutlich machen, das die europäische Flüchtlingspolitik auf den Prinzipien der Abschottung und Abschreckung von Flüchtlingen fußt. Dafür stünden exemplarisch sowohl das Abschiebegefängnis Ingelheim wie das saarländische Flüchtlingslager Lebach.

Zum Hintergrund: Die Abschiebungshaftanstalt wurde im Auftrag von Rheinland-Pfalz vom Landes-Betrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) im Jahr 2001 für ca. 10 Millionen Euro als Hochsicherheitsgefängnis errichtet. Rheinland-Pfalz zahlt die Baukosten in jährlichen Mieten von ca. 1,1 Millionen Eurozurück. Gleichzeitig verpflichtete sich das Saarland pauschal für bis zu 50 dort unterzubringende saarländische Ausreisepflichtige einen Betrag von aktuell 1,27 Millionen Euro im Jahr zu bezahlen.

Saarländischer Flüchtlingsrat, Aktion 3.Welt Saar, www.a3wsaar.de ■

Aus für Afrikanisches Kulturfest?

FRANKFURT. Ausgerichtet von der Senegalesischen Vereinigung im Land Hessen e.V., hat sich das Afrikanische Kulturfest im Frankfurter Solmspark auch letzten August mit über 5000 Gästen erneut als Publikumsmagnet erwiesen. Nach sechs erfolgreichen und störungsfreien Jahren soll die Veranstaltung dort künftig aber nicht mehr stattfinden. Die offizielle Begründung der Stadt Frankfurt beruft sich auf angebliche Beschwerden der Anwohner. Die Kommunikation dieser Entscheidung gegenüber den Veranstaltern gibt jedoch Anlass zur Vermutung, dass hinter der Ablehnung vielmehr der politische Hintergrund des Festivals steckt. (...)

Eingeladen zum letzten Festival waren Initiativen, die u. a. ihre Erfahrungen mit rechter Gewalt und den Umgang mit staatlichem Gewalteinsatz gegenüber Schwarzen/People of Colour thematisierten. Mouctar Bah von der Initiative „Oury Jalloh" hatte beispielsweise über den Prozess berichtet, in dem es um den Tod des im Polizeigewahrsam umgekommenen Asylbewerbers Oury Jalloh geht. Er schilderte, wie dieser am 7. Januar 2005, an Händen und Füßen gefesselt, in einer Dessauer Polizeizelle auf einer feuerfesten Matratze verbrannte. Davon ist also offenkundig die Rede, wenn das Frankfurter Kulturamt „Kritik an der Staatsgewalt" moniert. Wie staatliche Organe in rassistische Verhaltensweisen verstrickt sind, ist für in Deutschland lebende Migranten – also auch für Veranstalter und viele Besucher des Afrikanischen Kulturfest – immer ein Thema.

Bei den finanziellen Förderungen der Stadt Frankfurt wird extra darauf hingewiesen, dass ausschließlich das Kinder- bzw. Kulturprogramm gefördert wird, nicht aber die Auftaktveranstaltung, da diese zu politisch ist. Und im Anschluss wird das Festival auf dem traditionell beliebten Gelände künftig untersagt! Es stellt sich, gerade nach den jüngsten rassistisch motivierten Vorfällen in diesem Land, die Frage: Wo bleiben Meinungsfreiheit und politische Diskussionskultur?

Neben seinem kulturellen Auftrag fungiert das Afrikanische Kulturfest seit jeher als Plattform für politische Diskussion: über afrodeutsche Lebenswelten, Alltagsrassismus, die Geschichte der Sklaverei – um nur einige Themen zu nennen. Die scheidende Oberbürgermeisterin Petra Roth hatte stets Vertreter zum Afrikanischen Kulturfest geschickt, um den Einsatz der Veranstalter für Toleranz zwischen den Kulturen in Frankfurt zu unterstützen. Nun entsteht der fatale Eindruck: Die Aktivitäten eines afrikanischen Vereins sind offenbar nur wohl gelitten, wenn sie sich auf Trommeln und Folklore – also Friede, Freude, Eierkuchen – reduzieren. Wird beim Afrikanischen Kulturfest dagegen über Alberto Adriano, der in Dessau von drei Neonazis zu Tode geprügelt wurde, oder den in Polizeigewahrsam verbrannten Oury Jalloh geredet, ist scheinbar Schluss mit lustig – und mit einer offenen Diskussion.

Angesichts der momentan aufkochenden Diskussion um rechte Gewalt setzt die Stadt Frankfurt mit der Behinderung der Vereinsaktivitäten ein fatales Signal für den Umgang mit Rassismus. Die Drohung, das Fest nicht mehr wie bisher stattfinden zu lassen, legt den Gedanken nahe: Wer eine Plattform für kontroverse Meinungen zur Verfügung stellt, muss mit einer kalten Zensur durch die Hintertür rechnen. Das Afrikanische Kulturfest wird auf jeden Fall weiter stattfinden und wir werden weiterhin auf Themen aufmerksam machen, die „UNS ALLE" angehen. Die Vorbereitungen für das Festival 2012 sind bereits in Arbeit. Wir hoffen, das die Stadt Frankfurt uns einen angemessenen Platz zuteilen wird!! *Senegalesische Vereinigung im Land Hessen e.V., 30.11.2011 www.senegal-verein.de* ■

Todesstrafe gegen Mumia Abu-Jamal aufgehoben



Am 7.12. hat Philadelphias Bezirksstaatsanwalt Seth Williams bestätigt, was eigentlich schon lange bekannt ist: die Todesstrafe gegen den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal ist verfassungswidrig. Nun verzichtet der Ankläger endgültig darauf, weiter auf eine Hinrichtung des seit 30 Jahren inhaftierten Menschenrechtsaktivisten zu drängen.

Das Todesurteil ist nun endgültig vom Tisch – ein großer Sieg für Abu-Jamal. Dennoch wird die Internationale Solidaritätsbewegung, unterstützt von zahlreichen Personen des öffentlichen Lebens und verschiedenen Länder- und Kommunalparlamenten, nun erst recht die Freilassung des seit 3 Jahrzehnten inhaftierten Journalisten fordern.

In Philadelphias Constitution Center werden am kommenden Freitag aus Anlass des 30. Haftjahrestages von Abu-Jamal Sprecher und Sprecherinnen aus den gesamten USA die Stimme gegen die anhaltende Inhaftierung erheben. Lebenslänglich ohne Entlassung ist keine Alternative.

Berliner Bündnis Freiheit für Mumia Abu-Jamal, www.mumia-hoerbuch.de ■

Deutsche Polizisten raus aus Afghanistan!

„Es gibt in Afghanistan keine verlässlichen Mechanismen, Kriegsverbrecher und andere Übeltäter aus den verschiedenen Polizei- und Milizformationen herauszuhalten“, kommentiert Ulla Jelpke die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion zum Stand des Polizeiaufbaus in Afghanistan. „Menschenrechtsorganisationen berichten, dass afghanische Polizisten und Milizen die Bevölkerung auf den Landstraßen ausrauben, in Häuser eindringen, die Bewohner schlagen, das Eigentum stehlen, die Frauen vergewaltigen und damit ungeschoren davonkommen. Der Aufbau dieser Polizei bringt keine Sicherheit, sondern verbreitet Angst und Schrecken. Diese Sicht teilen auch afghanische Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler sowie internationale Menschenrechtsorganisationen.

Vor allem die USA setzen bei ihrem Versuch, das schmutzige Kriegshandwerk anderen zu überlassen, auf den Aufbau von Milizen bzw. die Integration bestehender irregulärer bewaffneter Kräfte in die eigene Strategie. Dafür hat es bereits in der Vergangenheit mehrere, gescheiterte Ansätze gegeben: Etwa die sogenannte Afghanische Hilfspolizei ANAP. Die wurde nach einem Jahr wieder aufgelöst, weil sie sich als unkontrollierbarer, marodierender Haufen erwiesen hatte. Rund 7000 mit Waffen ausgestattete Männer sind damals „verschwunden“ – zu den Aufständischen, zu kriminellen Organisationen usw.

Dennoch versuchen es die USA weiterhin, mit den phantasievollsten Namen: Critical Infrastructure Protection (CIP), Local Defense Initiative (LDI), Afghan Public Protection Forces (APPF) – der Ansatz ist meist der gleiche: parallel zu den regulären Sicherheitskräften werden irreguläre Einheiten mit Geld und/oder Waffen ausgestattet, um die Aufständischen aus den betreffenden Gebieten zu verdrängen. Die Einheiten zum Schutz kritischer Infrastrukturen, sogenannte CIP-Guards, erhalten einen Sold von 140 Dollar monatlich, aber keine Waffen – die haben sie nämlich schon, in der Regel AK 47 (Kalashnikov). Das bedeutet nichts weniger, als dass diese Kräfte zu bereits existierenden Milizen gehören, die jetzt quasi „legalisiert“ werden und nun auch noch vom Westen bezahlt werden.

Auch die sogenannte Lokale Polizei ist kaum besser: Menschenrechtsorganisationen wie Oxfam, Human Rights Watch und andere haben in den letzten Monaten verstärkt darauf hingewiesen, dass diese Einheiten Furcht und Schrecken verbreiten.

Auf dem Papier gibt es Mechanismen, die eine Integration von Verbrechern in die ALP verhindern sollen: Deren Angehörige sollen von lokalen Shuren überprüft und vom afghanischen Innenministerium bestätigt werden. Aber wer prüft, wer die Shuren dominiert und/oder erpresst, und wer prüft, wer im Innenministerium zu den wenigen nicht-korrupten Beamten zählt? Das Problem ist der Bundesregierung sehr wohl bewusst, schreibt sie doch: „Das vorgesehene Verfahren [zu den Sicherheitsüberprüfungen der ALP-Anwärter] wird bzw. wurde in der Praxis oftmals nur mangelhaft oder gar nicht umgesetzt.“

Die Bundesregierung distanziert sich von den Milizen und setzt stattdessen auf den Aufbau der regulären Polizei. Doch deren Ausbildung dauert gerade mal acht Wochen – da kommt keine Kraft heraus, die für Rechtsstaatlichkeit bürgt. Die Bundesregierung agiert nach dem Prinzip „Augen zu und durch“ und wehrt Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch Polizisten mit dem Hinweis ab, es lägen ihr keine konkreten Kenntnisse über Straftaten vor. Damit meint sie wohl, es gebe keine rechtskräftigen Urteile afghanischer Gerichte. Das ist ein alberner Hinweis: Dass afghanische Polizisten für Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen werden, ist ja gerade Teil des Problems. Die Bundesregierung verschanzt sich hinter ihrer Standardformulierung, dass die Vermittlung von Menschenrechtsstandards Teil der Ausbildung sei, die deutsche Polizisten in Afghanistan durchführen. Die Frage ist aber, wie viel davon wirklich ankommt und umgesetzt wird. Dies jedoch interessiert die Bundesregierung gar nicht: Sie konzentriert sich ab Anfang kommenden Jahres ausschließlich darauf, in den geschlossenen Trainingszentren theoretische Ausbildung anzubieten. Was die Polizisten in der Praxis tun, überprüft niemand, bzw. es bleibt NGOs überlassen.



Foto: mp

Die NATO kommt beim Versuch, afghanische Hilfswillige zu rekrutieren, aus dem Improvisieren nicht heraus. Bis 2024, so wurde es auf der Petersberg-Konferenz jetzt bestätigt, soll Afghanistan weiter „unterstützt“ werden, durch den Aufbau bzw. die Finanzierung der einheimischen „Sicherheitskräfte“. Das Motto des „Übergangs“ lässt sich auf die Formel reduzieren: Die Besatzer zahlen, bluten sollen die Afghanen aber möglichst alleine. Ich fordere das sofortige Ende des deutschen Polizeiprojektes und stattdessen die Förderung demokratischer Kräfte in Afghanistan.“

http://www.linksfraktion.de/folder/deutsche-polizei-raus-afghanistan/
Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

3000 Euro bis Jahresende! Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten

Bisher sind Spenden in Höhe von:

1990,– Euro

eingetroffen. Wir danken allen Spenderinnen und Spendern.

Spendenkonto:
GNN-Verlag, Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kontonummer: 10419507

Hitler: „Ein verirrter Meteorit im Kosmos"

Die Aufdeckung der für eine nicht geringe Anzahl von Menschen im wahrsten Sinne des Wortes mörderischen Verschwörung von Neonazis, passt einer Zeitschrift wie „ZUERST!", die sich nach außen bürgerlich gibt, aber mittlerweile recht offen eine Rechtsaußenpolitik propagiert, natürlich nicht ins Konzept. Einerseits politisch nicht, denn die aus rassistischen Gründe verübten Morde fallen auch auf die politischen, publizistischen und ideologischen Stichwortgeber der direkten Täter und ihres Umfeldes zurück. Andererseits war aber offensichtlich das Dezemberheft des „deutschen Nachrichtenmagazins" bereits fast fertig konzipiert, als die Nachricht von der Aufdeckung der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" durch die Medien ging. Auf der Titelseite mit einer Eckbanderole angekündigt, blieben deshalb für ein solch zentrales Thema nur drei Seiten und das Editorial des Chefredakteurs MANUEL OCHSENREITER.

Beiden Beiträgen sowie einem kurzen Interview mit Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER gemein ist die Tatsache, dass es kaum um die Verbrechen, die dahinter steckende Naziorganisation mit ihren Verbindungen in die NPD oder die geistig-ideologischen Verirrungen der Täter und ihrer Helder(innen) geht – zentraler Punkt ist die undurchsichtige Rolle der deutschen Geheimdienste. Bereits auf der Titelseite wird das Thema mit der Schlagzeile „Agenten, Spitzel und Moneten – Geheimdienst-Skandal: Die Serien-Killer aus Thüringen" beworben. Auch MARKUS SCHWERDTFEGER geht es in seinem Beitrag in erster Linie darum, zu beschreiben, „wie Geheimdienste versuchen, die rechte Szene zu infiltrieren". Das liest sich dann beispielsweise so: „Damals seien die drei beim ‚Thüringer Heimatschutz' (THS) aktiv gewesen, einer Vereinigung der sogenannten ‚Freien Kameradschaften'. Die Organisation, in der sich unter anderem auch Angehörige der gewaltbereiten Szene sammelten, war allerdings von Beginn an vom Inlandsgeheimdienst infiltriert – genauer gesagt: kontrolliert – oder gar geführt?... Es gab in Thüringens rechter Szene so gut wie keine Gruppe oder Organisation, die nicht vom Verfassungsschutz-Spitzel Brandt mit beeinflußt wurde... daß Brandt mehr oder weniger unbewußt vom Dienst gesteuert, aufgebaut – und nach seiner Enttarnung wohl auch fallengelassen wurde… Die drei mutmaßlichen Killer des NSU kamen aus genau diesem Sumpf von Geheimdienstverstrickung, radikaler Gewaltrhetorik und gekränkten Eitelkeiten". Damit ist klar, ZUERST! und seine Leser(innen) haben damit bestimmt nichts zu tun.

Auch Dr. ALFRED MECHTERSHEIMER, „Nationalpazifist und Friedensforscher" stößt ins gleiche Horn: „ein merkwürdiger Terror! Für mich riecht das alles nach Inszenierung". Auf die Frage „Was hat die NPD mit der Mordserie zu tun" stellt er sich nicht nur schützend vor die Nazipartei sondern gibt ihr auch gleich noch einen Rat mit auf den Weg: „Nach meiner Kenntnis und Einschätzung nichts. Eine Konsequenz aus der Mordserie wäre eher ein Verbot des Verfassungsschutzes als der NPD. Allerdings muß die NPD künftig noch stärker darauf achten, daß es zwischen ihr und gewaltbereiten Zirkeln eine glaubhaft größere Distanz gibt. Der Wechsel in der Parteiführung von Udo Voigt zu Holger Apfel wird diese Grenzen hoffentlich verdeutlichen".

Auf perfideste Weise schafft es ZUERST!-Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER, die rassistische Mordserie verbal zu verurteilen, um sie dann selbst rassistisch zu wenden: „Plötzlich, nachdem ein ominöser ‚Nationalsozialistischer Untergrund' für die Schreckenstaten verantwortlich sein soll, werden die Getöteten zu Opfern erster Klasse. Als die gleichen Medien noch Ausländer-‚Bandenkriege', ‚Schutzgeldringe' und andere ‚milieutypische Vorgänge' hinter der Mordserie wähnten, war das Thema schnell vom Tisch. Niemand forderte etwa, der Staat müsse erheblich mehr Geld im Kampf gegen solche Strukturen Organisierter Kriminalität ausgeben oder gar das Verbot von extremistischen Ausländerorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland prüfen. Die traurige Erkenntnis: Wer das Pech hat, von einem russischen Schutzgelderpresser, einem türkischen Drogendealer oder einem albanischen Zuhälter ermordet zu werden, der spielt keine wichtige Rolle in Deutschland".

Um die NPD geht es auch in einem kurzen Gespräch der Redaktion mit dem Parteisprecher FRANK FRANZ: „Wir werden in Zukunft vor allen Dingen an unserem Erscheinungsbild arbeiten. Wir sind eine gegenwartsbezogene, moderne Partei, und so wollen wir uns in Zukunft auch präsentieren.... In der NPD spielte sich zuviel rund um Traditions- und Nostalgiepflege ab, aber zu wenig zu den aktuellen politischen Themen". Manchmal ist Sprache doch verräterisch: Franz spricht vom „Erscheinungsbild" an dem man arbeiten wolle – von Inhalten ist keine Rede. Nazi-Nostalgie und rassistischer und politischer Terror sollen also zwar in den Hintergrund treten, aber durchaus nicht aus der Politik und Praxis der Partei verschwinden.

Der Fluch allerdings, der der völkischen Rechten anhängt, ist der der faschistischen Diktatur in Deutschland. Sie können noch so oft proklamieren, moderne Politik zu machen, der Nazifaschismus klebt ihnen wie eine Kaugummi am Schuh und muss deshalb immer wieder von den rechten Protagonisten beschworen werden – selbst an unpassender Stelle. So macht HARALD NEUBAUER in seiner Kolumne, in der es um direkte Demokratie und Volksabstimmungen geht, auf einmal einen Schwenk: „Unsere ansonsten so leicht erregbaren Moralinstanzen sind noch immer vollauf damit beschäftigt, die Vergangenheit zu bewältigen – zum Beispiel das Ermächtigungsgesetz von 1933, als sich der Reichstag freudig entmannte. Solange das nicht bis ins letzte Detail geklärt und verarbeitet ist, muß die Gegenwart noch ein bißchen warten".

Dieses Verhaftetsein mit der Naziherrschaft, der Nazipartei und ihrer Ideologie tritt auch in den Ausführungen des Historikers WERNER BRÄUNINGER, der unlängst ein Buch über den Weg Hitlers bis 1935 veröffentlichte, überdeutlich zu Tage: „Regelmäßig zeigten sich ihm (Hitler - tri) hier Tod und Triumph, ekstatischer, rauschhafter Lebenswille und die Vergänglichkeit allen menschlichen Tuns… er war irgendwie völlig aus der Zeit gefallen, wie ein verirrter Meteorit im Kosmos. Die Synthese des sensiblen Künstlers und des äußerst radikalen Politikers, beseelt und vorwärtsgetrieben von einer Willenskraft ohne Beispiel". Abstand, von Kritik, Ablehnung, Anklage oder Verurteilung gar nicht zu reden, sieht jedenfalls anders aus. *tri* ■